



NATIONALVERSAMMLUNG DER PODER POPULAR

Verfassungsänderung beschlossen

• *Das kubanische Parlament hat nach einer eingehenden Debatte beschlossen, den Passus in die Verfassung aufzunehmen, daß der Sozialismus auf der Insel unwiderruflich sei und das Land niemals zum Kapitalismus zurückkehre*

Umstrukturierungen in der Zuckerindustrie

• *Diversifizierung und neue Vermarktungsstrategien stehen im Vordergrund der wichtigsten Industrie des Landes*

Seite 12

VENEZUELA vor der Zerreißprobe

Seite 15



NICOLÁS GUILLÉN

Ehrungen
zum 100.
Geburtstag

Seite 4

Granma
INTERNACIONAL

ZEITUNG AUS KUBA UND
LATEINAMERIKA

Deutsche
Ausgabe

Avenida General Suárez y Territorial,
Plaza de la Revolución Jose Martí,
Apartado Postal 6260, La Habana 6,
Cuba. C.P. 10699 Telex 0511 366/0511 221.
E-mail informacion@granma.cip.cu
Fax: 53-7-33-5176 und 33-5826 Tel:
881-6265 / 881-7443 Zentrale: 881-3333
App. 23 und 381

GENERALDIREKTOR
Frank Agüero Gómez

CHEFREDAKTEUR
Gabriel Molina Franchossi

STELLVERTRETER
Miguel Comellas Dopico

INFORMATIONSCHEF
Joaquín Oramas Roque

LEITER DER REDAKTION
Gustavo Becerra Estorino

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
Orlando Gómez Balado

PRODUKTIONSCHEF
Migdalia Hardy Mengana

TEAMCHEFS
Layout

Orlando Romero Fernández
Tel. 881-6021

Deutsche Ausgabe
Hans-Werner Richert
Tel. 881-6021 / 881-1679

Spanische Ausgabe
Gustavo Becerra Estorino

Englische Ausgabe
Ellen Rosenzweig
Tel. 881-6054 / 881-1679

Französische Ausgabe
Annie Massaga
Tel. 881-679 / 881-6054

Portugiesische Ausgabe
Miguel Angel Alvarez
Tel. 881-6054 / 881-1679

Vertrieb und Abonnements
Miguel Domínguez Hernández
Tel. 881-9821

Druck
Zeitungsverlag Granma,
Havanna Kuba

NACHDRUCK
Brasilien

Cooperativa de trabalhadores em
Serviços Editoriais e Notícias Ltda. Rua
Regente Feijó, 49-2º andar CEP
20.060 Rio de Janeiro Tel. (021)
242-3430 Fax (021) 242-1320

Kanada
ANPO

P.O.Box 156, Station A Toronto,
Ontario, Canada M5M 2T1
Anzeigen und weitere Information:
Tel./Fax (416) 253-4305

Argentinien

Sr. Gregorio Hayrabedian Sarmiento
Nº.1574 Piso 2-A- C.F. Buenos Aires,
Argentina Tel: 331-5761 et 342-1579

Frankreich
S.E.N.P.Q

S.A.R.L. au Capital de 2000 Fs. Sial:
62, rue Croulebarde - 75012 PARIS
Tel: 01 43 37 86 16 - Fax: 01 43 31 04 31
RCS PARIS B - SIRET 403 077 456
00016 - APE 221C

WEBSITE INTERNET
<http://www.granma.cu>

ISSN 0864-4624

JUSTIZ MADE IN USA

Ein Mantel des Schweigens über die Wahrheit

WILSON CARDOZO
- für Granma Internacional

• "DAS Volk der USA ist trotz seiner hochentwickelten Medien eines der schlecht informiertesten der Welt. Die Welt muß informiert werden, und allen voran die Bürger der Vereinigten Staaten, damit das Unrecht wie es unter anderem gegen das Ehepaar Rosenberg, gegen viele puertorikanische Kämpfer oder selbst gegen die indigenen Anführer dieses Landes begangen wurde, verhindert wird", äußerte der Arbeitsjurist Pedro Polo Barrios, vom Karibischen Haus für Solidarität mit den Völkern, in Barranquilla, Kolumbien, als er das Buch *Justiz Made in USA* vorstellte, das diese Organisation herausgegeben hat. In ihm sind die fünf Reden der in US-Gefängnissen gefangengehaltenen kubanischen Patrioten enthalten, die sie vor einem Gericht in Miami hielten.

"Über die Wahrheit wurde ein Mantel des Schweigens geworfen, der mit Information entfernt werden muß, um die Sache, die das kubanische Volk verteidigt, zu gewinnen, Recht und Rettung für die fünf in den USA gefangengehaltenen Bürger zu finden, was wir als ein würdiges, gerechtes und patriotisches Beispiel für die Völker Lateinamerikas und die Welt ansehen", betonte Polo Barrios bei der Vorstellung des Manuskripts im Kubanischen Institut für Völkerfreundschaft (ICAP).

Er wies ferner auf einige der vielen Rechtsparameter hin, gegen die mit jenen ungerechten Urteilen verstoßen wurde, wie Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, der jedem einzelnen seiner Mitglieder im Falle eines bewaffneten Angriffs das immanente



Die Mütter und Ehefrauen der fünf Patrioten erhielten je ein Exemplar des Buches

Recht auf individuelle oder kollektive Notwehr gibt.

In diesem Falle war und ist Kuba Opfer ständiger Aggressionen der im Süden Floridas ansässigen Terrororganisationen gewesen. Werden die von solchen Gruppen, die nicht den USA-Staat bilden, erhaltenen Informationen in das angegriffene Land übermittelt, stellt das kein Delikt dar, da sie weder die Souveränität noch die Sicherheit der US-Bürger gefährden. Der Rechtsexperte stellte ferner fest, daß die USA ihre eigenen Verfassungsänderungen verletzen, wie die Zusätze 6 und 8 in

Bezug auf die Neutralität eines Geschworenen und das Verbot von Folterungen verweisen, was sich in einem unwürdigen Gerichtsverfahren, voller verfahrensrechtlicher und grundlegender Rechtswidrigkeiten zeigte.

Die Gegebenheiten der Verhandlung und ihres Prozesses werden im Vorwort von Ricardo Alarcón analysiert, der die Vorstellung des Buches leitete. In einem Gespräch mit *Granma Internacional*, wies er auf die Wichtigkeit der Verbreitung des Textes hin, um damit das Schweigen und die Verdunkelung des Falles in den USA zu brechen.

INTERNATIONALER AUFRUF

JA zum Frieden, NEIN zum Krieg

ORLANDO FUNDORA LOPEZ*

• KEIN Volk dieses Planeten kann besser den Schmerz, die Frustration, den Kummer und die Machtlosigkeit angesichts der verbrecherischen Terrorakte von New York und Washington verstehen, als das kubanische Volk.

Unglücklicherweise ist es das redliche nordamerikanische Volk, das mit seinem Leid die enorme Schuld begleichen muß, die seine Regierungen weltweit gesät haben.

Wir haben Losungen wie diese gelesen: "Wer Wind sät, wird Sturm ernten", "Aus dem Staub entstand dieser Schlamm".

Groß sind Ausbeutung, Mißbrauch, Einmischung; ungerechtfertigt die Einschränkungen, die Blockaden, die uneingeschränkte Unterstützung für Regime, die eine grausame, schwachsinnige, rassistische und fremdenfeindliche Politik entwickelten und weiter entwickeln, wie es zum Beispiel das Regime Südafrikas war und es heute Israel ist.

Die Verfolgung, Hoffnungslosigkeit, die Machtlosigkeit und der Frust eines Volkes sind sehr groß, was einige seiner Bürger dazu führt, sich mit Sprengladungen zu wappnen und sie gegen ihre Unterdrücker zu schleudern. Im entsetzlichen Akt vom 11.



Frieden, nicht Krieg, fordern die meisten Menschen des Planeten

September, waren es keine einfachen Leute aus dem Volk, die den furchtbaren selbstmörderischen Terrorakt durchführten, es waren Personen, die notwendigerweise über ein hohes Ausbildungsniveau verfügten.

Das ist die Alternative, vor der die heutige US-Regierung steht.

Diesen irrationalen Akte von Gewalttätigkeit kann nicht mit Kreuzzügen, Rachegefühl und Repressalien begegnet werden. Diese Haltung kann etwas noch Schlimmeres provozieren.

In Situationen wie diesen ist die politische Höhe eines wahren Staatsmannes notwendig, und seit langem hat dieser Staat einen solchen nicht hervorgebracht, und dieser neue Bush, den wir jetzt haben, kommt diesem Imperativ der Umstände am wenigsten nahe.

In dieser vordergründigen Analyse kommen wir nicht umhin, den anderen Mächten der Welt einen Absatz zu widmen.

Die schlecht gespielte Nebenrolle dieser Regierungen ist offen gesagt enttäuschend, eines Tages werden sie Rechenschaft ablegen müssen über ihren Opportunismus, wo sie doch mit ein wenig Würde und Erhabenheit dem Siebenmeilenriesen zu etwas Maß und Vernunft hätten verhelfen können.

Statt dessen haben sie ihn mit ihrem Opportunismus ermuntert, den falschen Weg einzuschlagen, um den Terrorismus wirklich zu beseitigen.

Der militärisch-industrielle Komplex der USA hat immer einen Feind gesucht oder erfunden, um

Die Bedeutung dieser Angelegenheit liege darin, daß die Wahrheit in die US-Gesellschaft dringt. Diese soll von den Leuten entdeckt werden, damit sie begreifen, in welcher Beziehung die Regierung und die schlimmsten Terrorgruppen dieser Hemisphäre stehen, die in diesem Lande ungestraft handeln. Die Enthüllung der Wahrheit würde dazu führen, daß das US-amerikanische Volk dieses Unrecht zurückweist und nationale Empörung verspürt, die Regierung wäre demzufolge gezwungen, die Verurteilten frei zu lassen. Wenn es um Gerechtigkeit ginge, müßte das Verfahren annulliert werden, sagte er. Auch ist bekannt, daß ungeachtet des bereits gefällten Urteils hunderte von Dokumenten noch verschlossen sind und nicht bekannt gegeben worden sind, obwohl das Urteil bereits gesprochen wurde, was die Falschheit und Illegalität des Prozesses zeigt.

Das in Kolumbien veröffentlichte Buch wird man unter den Freunden Kubas verteilen, die bereits Komitees in über 22 Ländern der Welt bilden, sowie unter den 1.000 Brigadisten Europas und Lateinamerikas, die im September die Insel besuchen werden. Ziel ist es, die Wahrheit über diesen Fall auf den fünf Kontinenten zu verbreiten.

An der Veranstaltung nahmen die Mütter und Ehefrauen der kubanischen Patrioten sowie Vertreter der kubanischen Trova teil. Mit Liedern zu Texten von Antonio Guerrero wurde an dessen Geburtstag erinnert, den er im Gefängnis verbringt. "Es gibt keinen wahren Kampf ohne Solidarität", waren die Dankesworte von Mirta Rodríguez, der Mutter Antonios, als sie ein Exemplar des Buches entgegen nahm.

weiterhin Supergewinne zu machen oder das Land aus der Krise zu führen.

Denkt an Peal Harbor.
Denkt an die Maine.
Denkt an den Golf von Tonkin.
Denkt an das kommunistische Gespenst.

Das sind die Meinungen, mit denen wir gemeinsam mit den Mitgliedern des Sekretariats des Weltfriedensrates (WPC), Japan, Frankreich, Portugal, Palestina, Griechenland und Kuba zu einer außerordentlichen Sitzung des Sekretariats und des Exekutivkomitees dieser internationalen Organisation aufgerufen haben, das sich aus den Nationalkomitees von 41 Ländern zusammensetzt, um unsere Forderungen allen WPC-Organisationen zukommen zu lassen.

Ja zum Frieden, nein zum Krieg.
Ja zur Justiz, nein zur Rache.
Ja zum Maß, zur Vernunft; nein zur Kriegshetze.
Ja zur Solidarität, nein zum Egoismus.

* Lic. Orlando Fundora ist Ko-Präsident des Weltfriedensrates (WPC), Vorsitzender dieser Bewegung in Kuba und Regionaler Koordinator des WPC für den amerikanischen Kontinent.

BRD an der Erweiterung der Beziehungen zu der Insel interessiert

MARELYS VALENCIA
- *Granma Internacional*

DIE Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Unternehmer verlieren trotz der Priorität, die im letzten Jahrzehnt Ost-Europa einnimmt, die problematische Lage Lateinamerikas und des atypischen Kubas, das sie mit gemischten Gefühlen betrachten, nicht aus den Augen.

Die Sympathie für das Land pflegt einer dieser fördernden Faktoren des Interesses zu sein, das bestätigt Dr. Feeke Meents, der Beauftragte für Lateinamerika, im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Seines Erachtens zeigt sich das an den vielen Deutschen, die jährlich die Insel besuchen. "Deutschland hat viele Ideen. Es zeichnete sich stets durch eine Haltung der Zusammenarbeit, des Austauschs und des Suchens nach Lösungen für bestimmte Themen aus. Möglicherweise erhalten diese Bemühungen einen neuen Impuls, wenn der spanische Vorsitz in der Europäischen Union abgelaufen ist, denn der Einfluß Aznars in bezug auf Kuba ist sehr stark. Ausdrücklich sind wir gegen das Helms-Burton-Gesetz, diese Art der USA, Bestimmungen durchzusetzen, akzeptieren wir nicht", äußert Meents.

Die Sozialdemokratische Partei, der Kanzler Schröder angehört, war eine der ersten, die in der Regierung mit der Bewegung begann, die bilateralen Beziehungen zu überprüfen, erklärte Lothar Mark, Abgeordneter des Bundestages und Leiter der Parlamentariergruppe Mittel- und Südamerika in der SPD, *Granma Internacional* gegenüber.

Wie in fast allen Gesprächen über die Beziehungen Europas zu Kuba, erschien auch hier das Gespenst der USA. "Ich bin überzeugt davon, daß die Politik der USA Kuba gegenüber vollkommen falsch ist. Diese Rede, die Bush für seinen Bruder hielt... Sie verletzt aufs Neue die Menschenrechte. Es kann nicht sein, daß sie ihren Bürgern verbieten nach Kuba zu reisen".

Trotz der Extraterritorialität der US-Gesetze hat die BRD ihre Handelsbeziehungen zu dem Land ausgeweitet.

"Wir haben den Handelsaustausch verstärkt und das Problem der Altlasten gelöst. Das zeugt von positiven Schritten. Mit dem kubanischen Botschafter in Berlin stehen wir in ständiger Verbindung, denn es besteht Interesse am Tourismus und an den

Fortschritten der Forschung im Bereich der Medizin und Biotechnologie auf der Insel. Verhandlungen auf diesem Gebiet stehen bevor", informiert Mark.

Der BRD-Botschafter in Havanna, Dr. Bernd Wulffen, führt zu diesem Thema weiter aus: "Im Februar war eine Handelsdelegation aus Hessen in Kuba. Es fand ein Workshop zu Biotechnologie statt. Monate später zeigte sich, daß es nicht nur bei der Forschung in diesem Bereich blieb, sondern eine Fortsetzung erfolgte. So auch im Transportwesen. Das Unternehmen Frankport, - es betreibt den Frankfurter Flughafen Europas - beschäftigt sich mit der Erweiterung des Flugplatzes in Varadero", bestätigte er.



Dr. Bernd Wulffen, der Botschafter der BRD in Havanna, versicherte, die Handelsbeziehungen mit der Insel würden fortgesetzt

Frank C. Hansel, von der Beratungsstelle für Lateinamerika, besuchte die Insel mehrmals als Berater von Handelsdelegationen. Im Juni kam eine Unternehmergruppe nach Havanna; das war etwas seltsam, denn seines Erachtens brauchen Geschäftsleute eine Vorstellung von jedem Land, und Lateinamerika hat bisher nicht ihr Interesse wecken können, so daß sie sich keine positive Meinung bilden konnten, ausgenommen vielleicht Mexiko und ein, zwei andere Länder.

DIE KUBANER VERSTEHEN ZU ÜBERZEUGEN

"Fragen sie nur einen Deutschen, wer Duhalde ist. Er wird nicht die geringste Ahnung haben. Aber änderst du den Namen und sagst Fidel Castro, was geschieht? Wie auch immer, sie geben dir eine Antwort. Es ist ein Wunder wie sich die Leute eine Vorstellung von Kuba geschaffen haben. Im Juni reisten wir mit einer Handelsdelegation nach Havanna. Versuchst du eine Expedition dieser Art nach Südamerika, das einen größeren Markt hat, bekommst du vielleicht nicht einmal fünf Personen zusammen."

Abgesehen vom Enthusiasmus der auf einem Image beruht scheint die Sicherheit der Geschäfte in diesem Fall eine weitere Quelle des Vertrauens zu sein. "Du hast eine Garantie, denn du verhandelst mit dem Staat", sagt Hansel.

"Ich sage es ganz einfach: Die Kubaner verstehen es zu überzeugen. Auf der Tourismusmesse in Berlin, an der Kuba als Ehrengast teilnahm, haben die Leute Feuer gefangen."



Präsident Fidel Castro empfängt den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der USA im Sitz des Staatsrates

Die USA sollten die Kubaner atmen lassen

• **Ralph Nader, Ex-Präsidentschaftskandidat der USA, sprach sich in Havanna gegen die Blockade aus**

MARELYS VALENCIA
- *Granma Internacional*

• DER ehemalige Präsidentschaftskandidat der USA, Ralph Nader, sprach sich gegen die Machtkonzentration der Konzerne aus, die die Entwicklung der Demokratie in seinem Land verhindern, und kritisierte die Außenpolitik der US-Regierung gegenüber der Insel, die "den Kubanern nicht die Möglichkeit zum Atmen läßt".

In einem großen fast zweistündigen Vortrag in der Aula Magna der Universität von Havanna, an dem Präsident Fidel Castro teilnahm, äußerte sich Nader zu den Beziehungen zwischen beiden Ländern: "Ich schlage vor, daß die USA ihnen eine Möglichkeit zum Atmen läßt, damit sie sich auf ihre Art entwickeln können, ohne sich nach Restriktionen richten zu müssen". Ferner plädierte er dafür, daß die Insel dem Rest der Welt ihre Erfahrungen in verschiedenen Bereichen weitergeben kann, als auch für die Zusammenarbeit beider Nationen in ihren positiven Aspekten, namentlich auf dem Gebiet der Gesundheit.

Am Anfang seiner Ausführungen sagte Nader, er würde über die Symbole und die Regierungen sprechen, über die Realitäten und die Mythen in den USA. In vergangenen Jahren, erinnerte er, hätten einige Politiker auf die Unmöglichkeit hingewiesen, daß Konzentration von Reichtum und Macht und die Demokratie koexistieren könnten. Die Handelswerte, würden sich immer weiter vom US-Volk entfernen, betonte er, und damit gleichzeitig die Bürgerrechte schwächen, "wir können die Freiheit verlieren ohne die Verfassung zu ändern".

Weshalb sind wir die größte Militärmacht und haben die höchste Rate an Kinderarmut der westlichen Demokratien, 20% auf nationaler Ebene und bis zu 30 im Distrikt Columbia? Weshalb haben wir eine Wirtschaft, die sich verdoppelt hat und sechs Millionen Familien, die ihre Wohnungsmieten nicht bezahlen können?

Wie diese, warf Nader eine Reihe von Fragen zum US-System auf und versicherte: "Wir geben nach dem 11. Sep-

tember mehr für Sicherheit aus, als für die Gesundheit der Bürger".

Der Ex-Kandidat für die Präsidentschaft, der nicht ausschließt sich 2004 wieder zur Wahl zu stellen, kritisierte ferner die Form, wie zwei Parteien seinen Landes Hindernisse errichten, um die Teilnahme anderer politischer Gruppierungen an der Regierungsdebatte zu verhindern.

"Heute konzentriert sich der Reichtum in wenigen Händen und kontrolliert die Wahlen, die Regierung und die Informationsmedien", ergänzte er.

Nader bezog sich auf die Einschränkungen der Bürgerrechte nach dem 11. September und stellte fest, dies sei die Antwort der USA immer wenn sie sich bedroht fühle, auch wenn diese Drohung aus einer noch so großen Entfernung komme. "Was würde wohl geschehen, wenn wir 40 Jahre lang Angriffen ausgesetzt wären, mit Blockade und Restriktionen? Was würde dann wohl geschehen?", fragte er in rhetorischer Form.

Seiner Meinung nach habe die Blockade nicht erreicht die Regierung der Insel zu destabilisieren, sondern habe sie gestärkt. Er stellte die doppelte Moral der US-Regierung in diesem Punkt in Frage, die in vollkommenem Widerspruch zur Haltung der Bürger dieses Landes stehe, die sich immer stärker für die Normalisierung der Beziehungen aussprechen.

"Ich bin der Meinung, sie (die US-Präse) sollte mehr über die Erfolge und die positiven Aspekte der kubanischen Gesellschaft sagen", schlug er vor.

Der US-Politiker, Ex-Kandidat für der Präsidentschaft der Grünen Partei der USA bei den Wahlen von 2000, der die Insel auf Einladung der Nationalversammlung des *Poder Popular* besuchte, wurde von Präsident Fidel Castro empfangen.

Nader führte ebenfalls Gespräche mit den Ministern für Wissenschaft, Technologie und Umwelt, Rosa Elena Simeón; für Arbeit und Sozialversicherung, Alfredo Morales; mit dem Außenminister Felipe Pérez Roque, und dem Präsidenten der Wirtschaftskommission des Parlaments, Orlando Martínez.

Vom Rektor der Universität von Havanna erhielt er eine Tafel, die an den 270. Jahrestag der Gründung dieser Bildungseinrichtung erinnert.

ZUM 100. GEBURTSTAG VON NICOLÁS GUILLÉN

Erinnerungen an Guillén und Wichy

OMAR PERDOMO
- für Granma Internacional

•ALS ich dieser Tage einmal wieder *El gran zoo* (Der große Zoo), von Nicolás Guillén (Camagüey, 1902 - Havanna, 1989) und *Las quince mil vidas del caminante* (Die fünfzehntausend Leben des Wanderers), von Luis Rogelio (Wichy) Noguerras (Havanna, 1944 - 1985) las, entdeckte ich, daß das erste Gedicht von Ediciones Unión schon vor 35 Jahren, und das von Wichy, das auch die UNEAC veröffentlichte, zum ersten Mal vor 25 Jahren verlegt worden war. Wie der Leser feststellen kann, handelt es sich um literarische Ereignisse, die meines Erachtens nicht übergangen werden dürfen, und erst recht nicht, wenn sie mit zwei Großen der kubanischen Dichtkunst des vergangenen Jahrhunderts in Verbindung stehen.

Nicolás Guillén begann *El gran zoo* Ende 1958, in seinem Exil, in Buenos Aires, auch wenn - kurioser Weise - eins der Gedichte der künftigen Sammlung (*Reloj* - Uhr) von 1927 ist. Dazu ist zu erläutern, daß dieser leicht veränderte, aber fast gleiche Text, den er in jener fernen Zeit schrieb, vierzig Jahre später ein Teil dieses Buches würde.

Als Guillén nach dem Sieg der Revolution nach Kuba zurückkehrt, veröffentlicht er einige neue Gedichte (*El Caribe* (Die Karibik), *Guitarra* (Gitarre), *La osa mayor* (Der Große Bär), *El Aconcagua*, *La pajarita de papel* (Das Papiervögelchen), *Los usureros* (Die Wucherer) und *Los ríos* (Die Flüsse)) in der Wochenzeitung *Lunes de Revolución* (29. Juni 1959). Im Oktober des gleichen Jahres gab Claude Couffon seine Übersetzungen dieser Gedichte ins Französische in *Les Lettres Françaises*, in Paris heraus.

1965, nach mehreren Jahren der Ruhe des *El gran zoo* auf seinem Arbeitstisch - er war in seinem dichterischen und journalistischen Schaffen stets sehr anspruchsvoll - nahm der Autor die unterbrochene Arbeit an dem Buch wieder auf. Angel Augier, sein Biograph, dem die Ehre zukam, die neue Schöpfung in der Beilage *El Mundo del domingo* (2. Januar 1966) zu veröffentlichen, sagte, daß "der gewohnte Rhythmus des früheren Werkes von Guillén die Tore von *El gran zoo* nicht durchschreitet, denn diese Gedichte haben ihren eigenen Rhythmus, der sich seiner Ausdrucksweise besser anpaßt. Es ist ein jugendlicher und sportlicher Stil. Man gewinnt den Eindruck, daß nur einer, der von allen seinen dichterischen Abenteuern zurückkehrt, fähig ist, eine neue lyrische Welt zu schaffen, in der man die Herzschläge der Epoche und ihrer Probleme hört, mit Mitteln von so schwieriger Ungezwungenheit innerhalb des kämpferischen Geistes und der lyrischen Grazie seines gesamten Werkes".

Dieser poetische Fund von Nicolás Guillén - eines "anderen" Guillén, wie damals nicht wenige kubanische Dichter und Kritiker schrieben, die von dem Neuen seiner Anschauung und seiner originellen Machart beeindruckt waren - kam als Buch in Griechenland (Zemelio, 1966) früher als in Kuba in der Übersetzung des griechischen Dichters Yannis Ritsos heraus, der bei einem Besuch in Havanna die Kopie der von René Depestre ins Französische übersetzten Gedichte mitbrachte. Die erste kubanische Ausgabe (1967) von *El gran zoo* hatte 39 Kompositionen, Illustrationen von Fayad Jamís, den Einband von Eduardo Abela Alonso. Dieser Ausgabe folgte dann eine zweisprachige



Nicolás Guillén

(Französisch und Spanisch) von Seghers, Paris; eine spanische (*Ciencia Nueva*) 1969, illustriert von Francesco Todó; und 1971 eine weitere von Ediciones Unión, mit einem neuen Gedicht (*Papaya*), einem Vorwort des Autors und Illustrationen von Darío Mora.

Wichy Noguerras sammelte in *Las quince mil vidas del caminante* (fast ausnahmslos) poetische Texte, die von 1967 bis 1973 entstanden waren, und im *El gran zooneto* ehrte er Guillén mit zwei Vierzeilern:

Dies ist der Große Zooneto, von Nicolás Guillén.

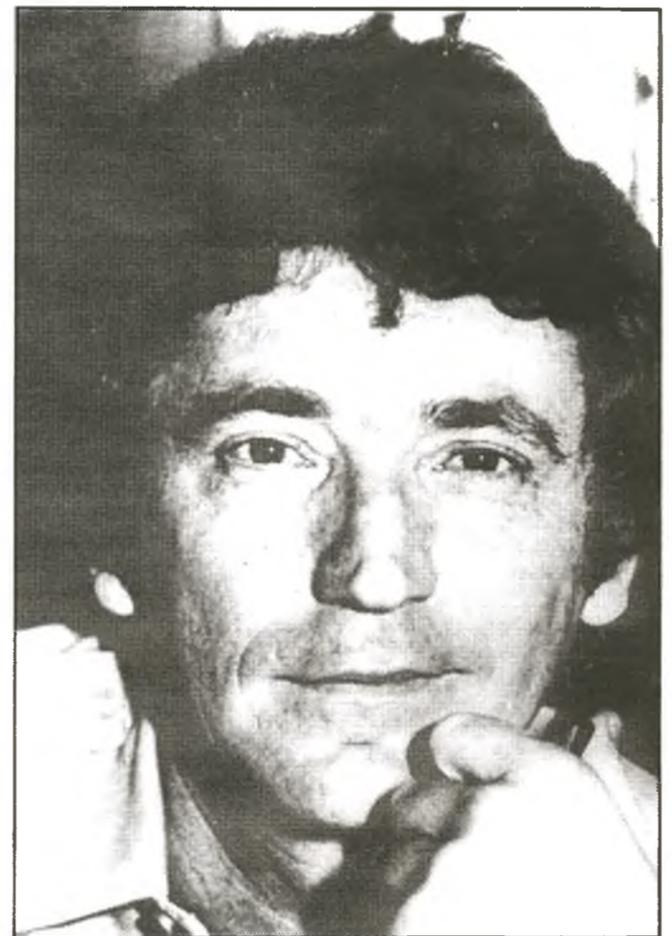
Er hat, wie die Hölle, zwei Türen aus Stahl,

die der (stets betrunkene) Zerberus bewacht,

in Begleitung der Schlange aus dem Eden.

Der Direktor wird Sie persönlich empfangen,

kommen Sie deshalb gleich heut zum Großen Zoo,



Luis Rogelio Noguerras

zum Großen Son, zum Großen Sonett.

Für Kinder und Dichter, gratis. Für Erwachsene, ein Peso.

Dieses Sonett von klarer noguerianischer Herkunft und guillenianischer Wurzel ist nicht das einzige, das von der Bewunderung Wichys für Nicolás zeugt. Er zeigte sie auch als Herausgeber dessen schönen Gedichts *Madrigal* (aus *Sóngoro cosongo*, 1931), in einer Originalausgabe mit nummerierten, von Roberto Laffite illustrierten, Exemplaren. Ein Faltblatt aus der Sammlung *Almiquí* - heute ein bibliographisches Kleinod - das man wie eine Ziehharmonika öffnet und schließt, mit großen und kleinen Buchstaben, einigen Farbtönen und angeblichen Korrekturen an den Versen.

Guilléns Vermächtnis

FERNANDO RODRIGUEZ SOSA
- für Granma Internacional

• DIE Lyrik in spanischer Sprache feiert in diesem Jahr den 100. Geburtstag einer ihrer repräsentativsten Stimmen. Ich beziehe mich auf den Kubaner Nicolás Guillén (Camagüey, 1902 - Havanna, 1989), ein Autor, dem die Weltliteratur ein solides und nachhaltiges Werk zu verdanken hat. Zu Ehren eben dieses Autors sind mehrere seiner Gedichte wie *Palma sola* (Palme allein), *Todas las flores de abril* (Alle Blumen vom April) und *El libro de los sonos* (Das Buch der Lieder) neu herausgegeben worden.

Für den jungen interessierten Leser ist *Palma sola* (Gente Nueva, 112 Seiten), ausgewählt und eingeleitet von Rafaela Chacón Nardi, eine nützliche Anthologie, weil sie auf ihren Seiten das Universum

Guilléns in seiner ganzen Reich- und Tragweite vorstellt.

Der Band bietet somit ein Fresko des Besten und Bedeutendsten seines dichterischen Schaffens. Gedichte wie *Sóngoro cosongo* (*Sóngoro cosongo*), *Poemas mulatos* (Mulattengedichte - 1931), *La paloma de vuelo popular* (Die Taube des Fluges des Volkes - 1958), *Tengo* (Ich habe - 1964), *El gran zoo* (Der große Zoo - 1967), *La rueda dentada* (Das Zahnrad - 1972) und *Por el mar de las Antillas anda un barco de papel* (Im Meer der Antillen schwimmt ein Schiff aus Papier - 1977) sind unentbehrliche Titel seiner Bibliographie.

Todas las flores de abril (Letras Cubanas, 56 Seiten), ausgewählt und mit einem Vorwort von Juan Nicollás Padrón, ist eine Anthologie von Liebesgedichten von Nicolás Guillén, die im Kontext seiner Dichtkunst

ein nicht sehr bekanntes, aber wesentliches Thema sind.

1992 zum ersten Mal erschienen, zeigt diese Sammlung die Vielfalt der Register der Lyrik Guilléns.

"Hier sind seine ewig elegischen Gesänge auf den ephemeren und unmöglichen, den fernen und idyllischen Eros; seine einmaligen Liebesmadrigale und Leidenschaften", beschreibt der Bearbeiter die Gedichtsammlung.

Gekonnt hat Guillén in seinen Versen die Essenz eines der typisch kriolischen Musikgenres Kubas erfaßt: den Son. Ein glaubwürdiges Zeugnis dieser Meisterschöpfungen sowohl vom Konzept als auch von der Ästhetik her, ist *El libro de los sonos* (Letras Cubanas, 176 Seiten), ein vor zwanzig Jahren originell herausgegebener Band.

Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert

von einem der ernsthaftesten Forscher des Handelns und Denkens des Nationaldichters, der Essayist und Dichter Angel Augier, präsentiert in dieser Anthologie die Poemesones des Autors. Intelligent zu einem Panorama geordnet, faßt es das Kubanische harmonisch zusammen zu einem lyrischen Diskurs von universeller Perspektive.

Konferenzen, Kolloquien, Konzerte, Ausstellungen kündigen sich zur Ehrung des Dichters zu seinem 100. Jubiläum an. Aber für mich gibt es keine größere Ehrung als die, sein Werk zu lesen. Darum mag die Neuausgabe der *Palma sola*, *Todas las flores de abril* und *El libro de los sonos* die größte Ehrung für das Vermächtnis dieses Dichters seiner Zeit, der er war, und aller Zeiten, der er ist, Nicolás Guillén, sein.

GLOBAL DANCE 2002

Kuba wird von Danza Abierta vertreten

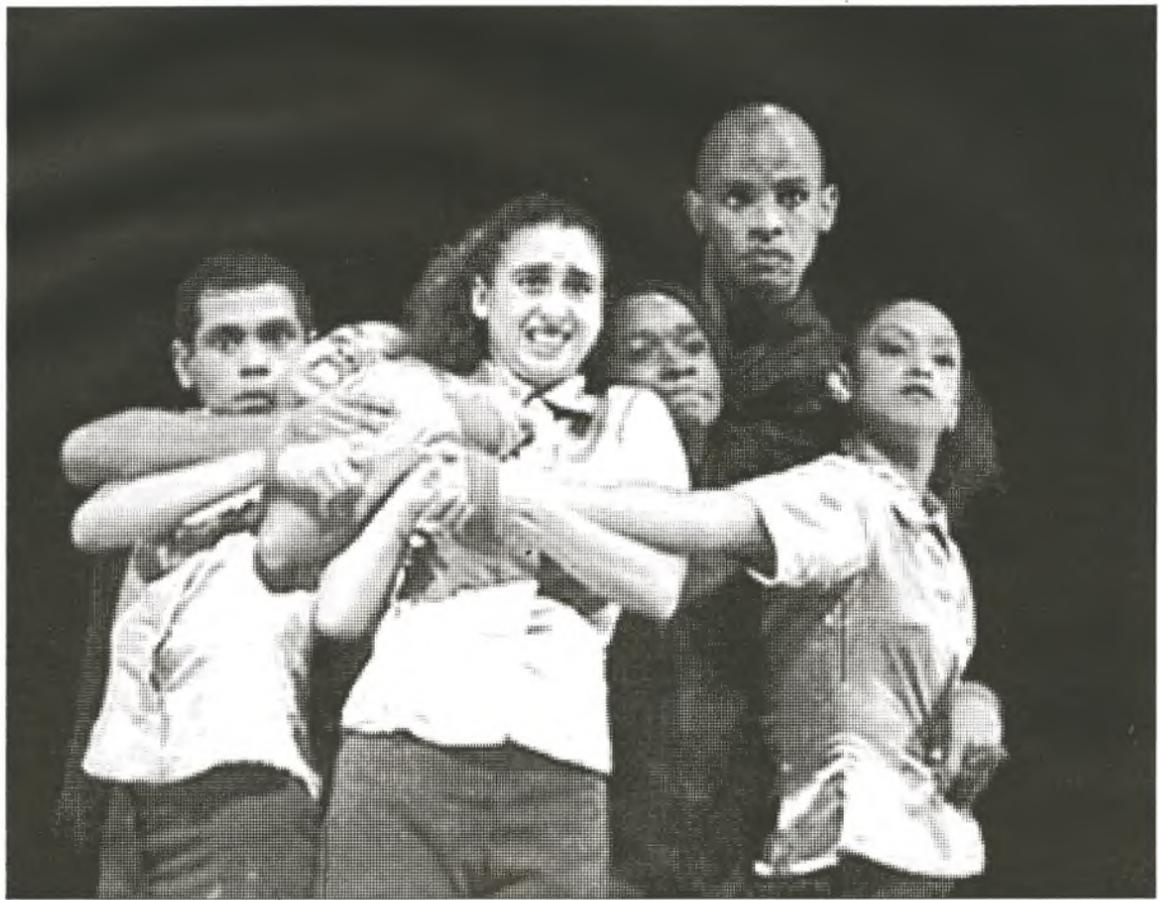
JESUS RIVERA - für Granma Internacional

• EINES der wichtigsten Festivals der Welt für zeitgenössischen Tanz ist Global Dance 2002, das vom 23. bis 31. August in Düsseldorf stattfinden wird. Die dritte Ausgabe dieses Festivals, das in Philadelphia (USA, 1999) begann und 2000 in Seoul und Tokio (Südkorea und Japan) ausgerichtet wurde, hat die Absicht, gleichzeitig zwei Ereignisse zu verbinden: das Global-Dance-Festival und die Internationale Konferenz der Weltallianz des Tanzes (WDA, in Englisch). Dieses Mal schlägt Global Dance 2002 als Hauptthema der Debatten die Zukunft des Tanzes aus der Sicht der Ästhetik des Diversen vor.

Ensembles aus mehr als 20 Ländern Asiens, Afrikas, Europas und Lateinamerikas werden erwartet, darunter so bekannte Gruppen wie die Kompanie Sui Generis, aus Frankreich; Battleworks Dance Company, aus den USA; Nomade-s, aus Japan; Rubato, aus der BRD; die Kompanie des Theaters für Zeitgenössischen Tanz, aus Tscheljabinsk, Rußland; DanzAisa, aus den USA, und Danza Abierta, aus Kuba.

Die hervorragende kubanische Tänzerin und Choreographin, Marianela Boán (die wir zu ihrer 30-jährigen Künstlerlaufbahn beglückwünschen) und ihre Kompanie Danza Abierta, die 1988 entstand, wird sich mit einer ihrer erfolgreichsten Schöpfungen, *Chorus Perpetuus*, deutschen Bühnen nähern. Dieses Stück, das im Frühjahr 2001 seine Uraufführung in Havanna erlebte, kombiniert sie mit viel kreolischem Humor, Gesang und Tanz, um die verschiedensten menschlichen Konflikte zum Ausdruck zu bringen.

Chorus Perpetuus war schon in Mexiko, Kolumbien und



Chorus Perpetuus, von Marianela Boán

der Dominikanischen Republik zu sehen und ist dort sehr gut aufgenommen worden. In Kuba gewann das Werk den Ersten Nationalen Preis für Choreographie und den Villanueva-Preis. Nach seinen Vorstellungen in der BRD wird Danza Abierta seine Kunst in England und Spanien vorführen.

An der Internationalen Konferenz Global Dance 2002 werden Historiker, Choreographen, Tänzer und Lehrer, Gestalter, Kulturförderer und künstlerische Direktoren aus vielen Ländern und Kulturen teilnehmen, und dabei die Gelegenheit haben, ihre Gedanken zu Ästhetik, Produktion und Werbung, Forschung, Lehre und Kulturpolitik im Zusammenhang mit der Zukunft des modernen Tanzes auszutauschen.

An fünf Tagen stehen mehr als 25 Themen in Seminaren, Vorträgen und Rundtischgesprächen zur Debatte. Anwesend werden sein: Marc Jonkers, der künstlerische Direktor des Festivals, Direktor des WDA in Europa und des Nationalballetts von Portugal, gemeinsam mit Johannes Odenthal, beide aus der BRD; Grant Strate, Max Wyman und Penelope Reed Doob (Kanada); John Ashford (Großbritannien); Larissa Baryikova (Rußland); Aat Hougee (Holland); Adela Donadio (Kolumbien) und Alexander Baervoets (Belgien). Parallel dazu können Vorlesungen und Workshops zu Techniken der Komposition, Choreographie und Improvisation besucht werden, in denen das klassische Ballett bis hin zu verschiedenen modernen und Folklore-Stilen den Mittelpunkt bilden.

ECHT

beliebteste aus Kuba

Cristal ist das echte kubanische Bier, gebraut mit Zutaten unübertrefflicher Qualität. Sein intensiv erfrischender Geschmack hat es zum beliebtesten Bier Kubas gemacht. Ideal, um die schönsten Augenblicke zu genießen.



Mayabe

CERVEZA
Bucanero

Cervecería Bucanero S.A.
Ave. Chay Fm. 267, Nuevo Vedado, La Habana
Tel. 81 66211 78 Fax 81 6679

WELTCUP VILLA HABANA 2002

Europa behauptet sich im Fechten

- Die Franzosen Anne Lise Touya und Gael Touya siegen im Säbelfechten
- Der Italiener Sanzo gewann im Florett der Männer die Einzelwertung und die BRD errang einen Mannschaftssieg

ANNE-MARIE GARCIA
- für Granma Internacional

• DER Weltcup Villa de La Habana 2002 hat die Stärke der europäischen Länder in diesem Sport mit zwei Einzelsiegen Frankreichs im Säbelfechten der Herren und Damen, einem ersten Platz Italiens im Florett der Herren und dem Mannschaftssieg der BRD im Florett der Herren unterstrichen.

Dieser Fechtwettbewerb, der in diesem Jahr vom 20 bis 25. Juni stattfand, verwies die Gastgeber in der Mannschaftswertung auf Platz 5, was Beunruhigung hervorruft.

Patrice Menon, der Floretttrainer der französischen Mannschaft der Herren, bekannte gegenüber Granma Internacional:

"Im Mannschaftskampf fürchteten wir das Viertelfinale gegen Kuba, eine Mannschaft von Talenten, die beim letzten Weltcup die Bronzemedaille gewonnen hatte. Der Kampf war schwierig, weil die Kubaner im Florett Erfahrung und große Meisterschaft zeigen. Aber sie hatten Schwierigkeiten, ihr Niveau zu halten. Bei internationalen Wettkämpfen treten sie kaum noch auf, und gerade die Jüngeren brauchen Begegnungen im Ausland."

Die BRD-Mannschaft besiegte Italien im Florett in einem sehr knappen Finale, mit 43 zu 45. Den dritten Platz belegte die spanische Mannschaft, nachdem Frankreich, der



Anne Lise Touya, die Weltmeisterin, siegte im Säbel der Damen das zweite Jahr in Folge

Weltmeister und Olympiasieger, wegen Verletzung, ausgeschieden war. "In anderthalb Monaten finden in Lissabon die Weltmeisterschaften statt. Meine Männer haben in der Einzelwertung einen harten Kampf durchgestanden: vier sind unter den acht Finalisten. Und das unter erschwerten Bedingungen, vor allem wegen der unzureichenden Umstellung auf das Klima, sie hatten mit ihrem Wasserhaushalt zu kämpfen. Sie waren erschöpft, und Brice Guyart erholte sich nur langsam von einer Handverletzung". Im Florett, im Einzel der Männer, besiegte der elegante Italiener Salvatore Sanzo den deutschen Ralf Bissdorf, mit 15 zu 10; den 3. Platz teilten sich der Franzose Frank Boidin und der überraschende Israeli Tomer Or. In diesem Wettkampf war der Kubaner Raúl Perojo, mit Platz 13, der erfolgreichste, nachdem er gegen den Gewinner Sanzo ausgeschieden war.

FRANZOSEN ÜBERRAGEND IM SÄBELFECHTEN

Im Säbelfechten übten die Franzosen das Monopol aus, genauer, die Mitglieder der Familie Touya, denn der ältere Bruder,

Gael, endete auf Platz eins, sein Kadett, Damián, kam auf den 3. Platz, und die jüngste Touya, Anne Lise, siegte das zweite Jahr in Folge im Einzel der Damen.

Gael Touya siegte im Finale über den US-Amerikaner Keeth Samart, mit 15 zu 11: "Es ist mein erster Sieg bei einem Weltcup", erklärte er Granma Internacional lachend. Er ist der älteste dieser Familie von Säbelfechtern, die der Vater entdeckt und anfangs auch trainiert hat.

"Der Amerikaner kämpfte hart. Drei Franzosen hatte er schon auf seinem Weg besiegt, ich konnte keinesfalls der vierte sein", fügte Gael an, der mit diesem Sieg den Platz in der französischen Mannschaft für die nächste Weltmeisterschaft gewonnen zu haben glaubt. Christian Peters, der Trainer der französischen Mannschaft, bestätigt strahlend: "Ich freue mich, nun haben wir vier Männer unter den acht" (neben den Geschwistern Touya, auf dem 1. und 2. Platz, Gourdain an sechster und López an achter Stelle). "Wir haben hier unser Ziel erreicht, jetzt müssen wir noch die beiden Mannschaften bestimmen, die an der Europameisterschaft, ab 2. Juli, und an der Weltmeisterschaft, im August teilnehmen".

Im Säbelfechten der Damen ist die Französin Anne Lise Touya Weltmeisterin, sie gewann das Finale gegen die US-Amerikanerin Sada Jacobson, mit 15 zu 11. Freudestrahlend sagt sie: "Die Piste von Havana hat mir Glück gebracht, ich gewann voriges Jahr und dieses Mal auch wieder. Aber dieses Jahr hat eine besondere Bedeutung, denn ich fühlte mich nach einer Verletzung noch nicht in Form, ich brauchte einen Wettkampf. Da ich gewonnen habe, gehe ich ruhiger zur Europameisterschaft, in der nächsten Woche."

DIE SIEGER

Florett der Männer: Salvatore Sanzo (ITA)

Florett nach Mannschaften: BRD

Säbel der Männer: Gael Touya (FRA)

Säbel der Damen: Anne Lise Touya (FRA)

Fußballfieber erreichte Kuba

GABRIELA FLYNN - für Granma Internacional

• DIE Fußball-WM überzeugte jene Kubaner vom Gegenteil, die meinten, daß dieser Sport auf der Insel nicht sehr gefragt sei. Seit dem 31. Mai ist ganz Kuba von einer Epidemie befallen.

Es scheint, als hätten alle Kinder in Havanna den Baseballschläger mit dem Fußball vertauscht, sie finden sich spontan zu Elfer-Mannschaften zusammen und rennen überall, wo es geht, hinter einem Ball her.

Bisher kaum bekannte Namen gehen von Mund zu Mund. Der Franzose Zinedine Zidane scheint ein alter Freund zu sein, alle wissen wie es ihm nach seiner Verletzung geht, und das Bild des Italieners Francesco Totti sieht man auf vielen T-Shirts, niemand weiß so recht, woher die alle so plötzlich gekommen sind.

Die Kubaner bekannten in diesen Tagen Farbe für die Favoriten Argentinien und Brasilien.

Sie haben aber auch ihre historische Verwandtschaft mit Europa nicht vergessen, wenn sie Spanien und Italien als die Lieblingsmannschaften aus diesem Teil der Welt erwähnen.

Zur Freude der Bevölkerung hatten Radio Rebelde und das nationale Fernsehen, trotz des Energiemangels, die meisten Spiele live übertragen. Durch den Zeitunterschied von 13 Stunden zwischen Kuba und den Austragungsorten (Japan-Südkorea) liefen die Geräte schon seit kurz nach Mitternacht. Viele Hörer und Zuschauer kamen am nächsten Tag schläfriger zur Arbeit.

"Solange die WM geht, ist Leben auf den nächtlichen Straßen", sagte ein Straßenkehrer, der zu dieser Stunde gern in Ruhe arbeitet, aber jetzt gestört wurde. "Ab zwei Uhr sind überall die Tor-Rufe zu hören", beklagte er sich bei mir.

Von Beginn des Ereignisses an schrieben die Zeitungen Resümees und Chroniken zu den Spielen, die dann auf der Arbeit und in den Schulen diskutiert wurden, Wetten um eine Tasse Kaffee oder einen Drink auf den Sieg der Wahl-Elf wurden abgeschlossen.

Bei einer verbreiteten Sportkultur, vor allem im Baseball, und einer angeborenen Neigung zur Polemik, befürwortet oder kritisiert der Kubaner leidenschaftlich gern jede Aktion eines Sportlers, technischen Direktors oder Schiedsrichters. Jetzt drehte es sich um Fußball, und weder so berühmte Stars wie der Brasilianer Rivaldo oder so bewährte Trainer wie der Argentinier Marcelo Bielsa, entkamen der Kritik.

Vielleicht wissen die Männer und Frauen der Insel nicht viel von Eckbällen oder Abseits, sie wissen vielleicht auch nicht genau, was ein Mittelfeldspieler ist. Trotzdem hatte der Fußball in diesen Tagen in alle Wohnungen Einzug gehalten. Hoffentlich, um für immer zu bleiben.

AUSSERORDENTLICHE SITZUNG DER NATIONALVERSAMMLUNG



Popular, sagte, in den drei Sitzungstagen habe man 165 Wortmeldungen von Abgeordneten und Vertretern der Zivilgesellschaft der Insel gehört, ferner gab es spezielle Wortmeldungen von Gästen anderer Länder, die die Folgen der neoliberalen Demokratien in einigen lateinamerikanischen Ländern schilderten.

Doktor José Luis Toledo, Präsident des Ausschusses für Verfassungsfragen und Rechtsangelegenheiten, informierte, man habe die Artikel 3, 11 und 137 der Verfassung geändert und eine abschließende Sonderbestimmung hinzugefügt. Die vorgenommenen Änderungen an dem vorher von 8.198.237 Bürgern über 16 Jahren in einer Volksbefragung unterzeichneten Antrag bezogen sich auf das Wort unwiderruflich, um klarzustellen, daß der Sozialismus, das politische und soziale System, das in der Verfassung festgelegt wurde, nicht Objekt von Veränderungen oder Modifikationen sein kann, die ihren wesentlichen Inhalt entstellen. Im Antrag war das Wort "unantastbar" enthalten. Man entschied, am Ende der aktuellen Fassung des Artikels 3 einen Absatz einzufügen, der folgendes aussagt: "Der Sozialismus und das in der Verfassung festgelegte politische und soziale revolutionäre System, gefestigt durch lange Jahre heldenhaften Widerstandes gegenüber den Aggressionen aller Art und dem Wirtschaftskrieg der Regierungen der stärksten imperialistischen Macht aller Zeiten, das seine Kapazität gezeigt hat, das Land zu verändern und eine gänzlich neue und gerechte Gesellschaft zu schaffen, ist unwiderruflich. Kuba wird niemals mehr zum Kapitalismus zurückkehren. Diese Sonderbestimmung verdeutlicht, daß die Änderungen eine würdige und kategorische Antwort auf die Forderungen und Drohungen der imperialistischen Regierung der Vereinigten Staaten vom 20. Mai 2002 darstellen.

Präsident Fidel Castro sagte, nur in einem Land in dem jeder lesen und schreiben kann, sei dieses Plebiszit möglich. Als überwältigend bezeichnete er die Zustimmung des Volkes zur Unantastbarkeit des Sozialismus. Ricardo Alarcón, Vorsitzender der Nationalversammlung der *Poder*

Ein "Ja" von überragender Bedeutung

• Die kubanischen Abgeordneten stimmten der Verfassungsreform zu, um den Sozialismus unwiderruflich zu machen

• Fidel bezeichnete die Unterstützung des Volkes als beeindruckend

RAISA PAGES – *Granma Internacional*

• DIE Gesamtheit der in der außerordentlichen Sitzung anwesenden kubanischen Abgeordneten stimmten für die Reform der Verfassung der Republik, um zu garantieren, daß das sozialistische System unwiderruflich ist, und daß es keine Änderungen gibt, die ihren wesentlichen Inhalt beeinträchtigen. Die Änderungen haben außerdem zum Ziel, klarzustellen, daß Kuba niemals zum Kapitalismus zurückkehrt und die wirtschaftlichen, diplomatischen und politischen Beziehungen zu jedem anderen Staat niemals unter Aggression, Drohung oder Einmischung einer ausländischen Macht verhandelt werden. In namentlicher Abstimmung, erhoben sich die 559 anwesenden der 578 zur Nationalversammlung gehörenden Abgeordneten und machten von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Die Zustimmung war einstimmig und ihre Resonanz reichte weit über den Plenarsaal hinaus, da die außerordentliche Sitzung des Parlaments von Fernsehen und Radio direkt übertragen wurde, damit sie in den kubanischen Wohnstuben verfolgt werden konnte. Änderungen dieser Natur erfordern eine Zweidrittelmehrheit des Parlaments.

derruflich ist, und daß es keine Änderungen gibt, die ihren wesentlichen Inhalt beeinträchtigen. Die Änderungen haben außerdem zum Ziel, klarzustellen, daß Kuba niemals zum Kapitalismus zurückkehrt und die wirtschaftlichen, diplomatischen und politischen Beziehungen zu jedem anderen Staat niemals unter Aggression, Drohung oder Einmischung einer ausländischen Macht verhandelt werden. In namentlicher Abstimmung, erhoben sich die 559 anwesenden der 578 zur Nationalversammlung gehörenden Abgeordneten und machten von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Die Zustimmung war einstimmig und ihre Resonanz reichte weit über den Plenarsaal hinaus, da die außerordentliche Sitzung des Parlaments von Fernsehen und Radio direkt übertragen wurde, damit sie in den kubanischen Wohnstuben verfolgt werden konnte. Änderungen dieser Natur erfordern eine Zweidrittelmehrheit des Parlaments.

Varadero jetzt auch für €



Jetzt können Sie in Varadero alle Ihre Einkäufe in Euro bezahlen. So genießen Sie Ihren karibischen Urlaub noch mehr.

Varadero erwartet Sie.

www.cubatavel.com

Wir respektieren strikt die Rechte der anderen Staaten. Die unseren sind also ebenfalls zu respektieren

ANSPRACHE DES PRÄSIDENTEN DER REPUBLIK KUBA FIDEL CASTRO RUZ, IN DER AUßERORDENTLICHEN TAGUNG DER NATIONALVERSAMMLUNG DER VOLKSMACHT (ASAMBLEA NACIONAL DEL PODER POPULAR). IM PALACIO DE LAS CONVENCIONES, AM 26. JUNI 2002.

Genossinnen und Genossen!

Es ist alles gesagt und das viel besser, als ich es sagen kann. Eine Zusammenfassung und die Erwägung einiger Gesichtspunkte ist das einzige was ich tun kann.

In den Tagen, als er von seinem Amt Besitz ergriff, wollten wir keine rhetorischen Auseinandersetzungen mit dem neuen Präsident der Vereinigten Staaten. Obwohl wir nicht die geringsten Zweifel über seine Politik in Bezug auf Kuba hegten, sahen wir keinen Nutzen darin, den ersten Stein zu werfen. Wir würden geduldig sein.

Eine Gruppe der Ultrarechten hatte in den Vereinigten Staaten die Macht ergriffen, und wir wußten von ihren Abmachungen und Kompromissen, die sie noch vor den Wahlen mit den Mafia-Gruppen von Miami eingegangen waren, um die kubanische Revolution zu beseitigen, und welche meine eigene physische Beseitigung nicht ausschlossen. Der Zufall fügte den eigentümlichen Umstand hinzu, daß jene, mittels Wahlbetrug, die Wahl von Bush zum Präsidenten entschieden.

In der ersten Etappe fanden die gewöhnlichen antikubanischen Manöver in Genf statt. Nichts Neues, nur daß die Druckmethoden gegen die Delegationen bei der Kommission für Menschenrechte brutaler als gewöhnlich waren.

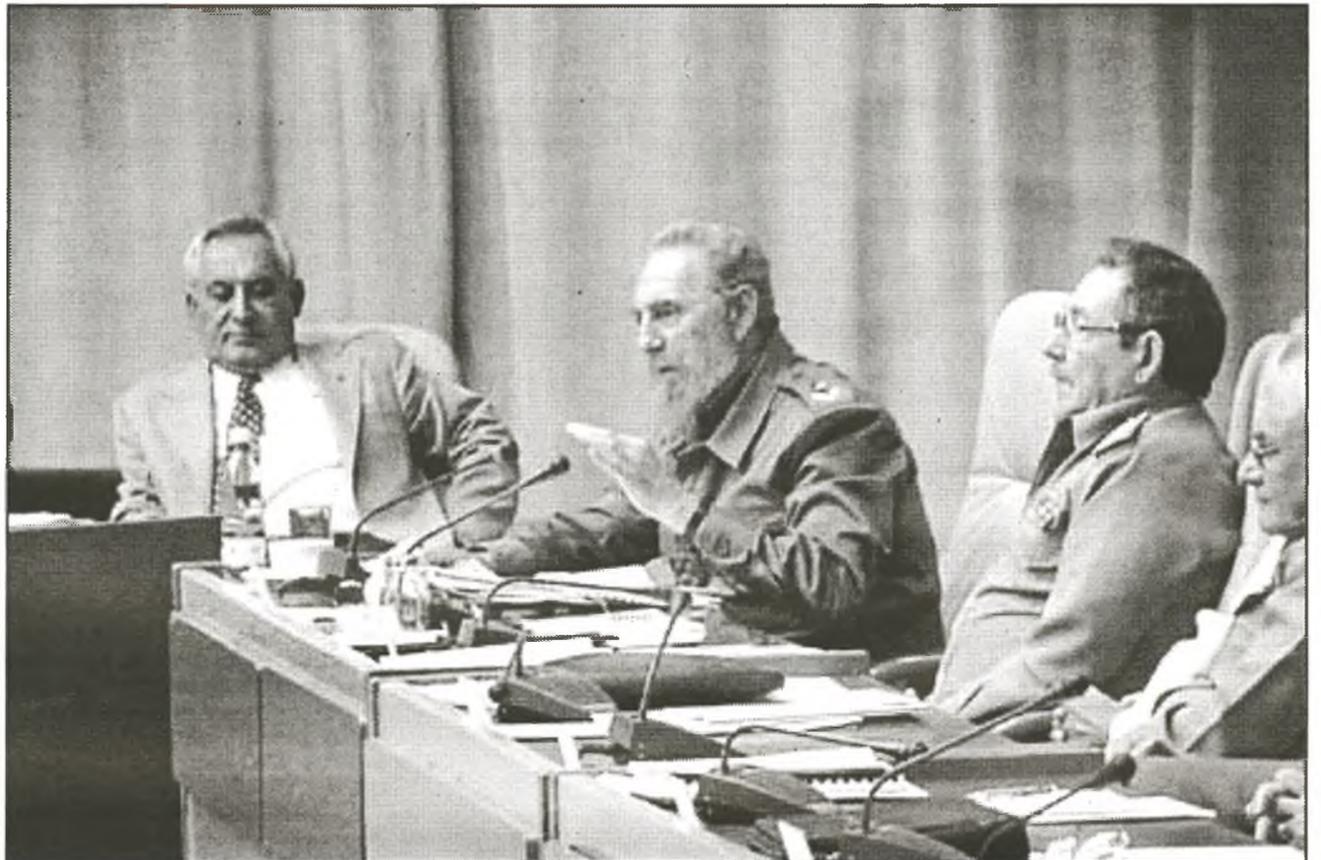
Es war fast ein erstes Jahr ohne spezielle Neuigkeit vergangen: Die traditionellen rhetorischen Attacken gegen Kuba, die Versammlung des ALCA in Quebec und die ungeschickte Bezugnahme seitens des Herrn Bush bei diesem Ereignis auf das Ideengut von Martí, welche eine Flut von Briefen der kubanischen Kinder und Jugendlichen hervorrief, wo diese dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der höchstmöglichen Höflichkeit erläutern, wer unser Apostel und Nationalheld war und wie er dachte. Das waren die herausragendsten Tatsachen in den bilateralen Beziehungen.

Im internationalen Bereich setzten die Entscheidung für einen nuklearen Raketenabwergürtel, die Mißachtung der in Kyoto eingegangenen Verpflichtungen und die Verkündung hoher militärischer Ausgaben zur Entwicklung neuer und spitzfindiger Waffen als nicht einmal mehr der kalte Krieg existierte, frühzeitige Zeichen über die Denkweise, den Stil und die Methoden der neuen Verwaltung der hegemonischen Supermacht.

Die internationale Wirtschaft begann überall beunruhigende Symptome zu zeigen: Alle Kennziffern und Prognosen verwandelten sich in pessimistische. Die Welt trat in eine ungewisse und bestürzende Rezession ein. Die Grunderzeugnisse, von denen die überaus große Mehrheit der Nationen der Dritten Welt leben, waren auf einem Tiefstand, während die neoliberale Globalisierung, die erzwungene Privatisierung, die Auslandsverschuldung und die Ölpreise ihr Zenit erreichten.

Innerhalb dieser Umstände ereignen sich die tragischen, absurden und nicht zu rechtfertigenden Tatsachen des 11. September. Die Welt unterstützte einstimmig und solidarisch das Volk der Vereinigten Staaten. Unabhängig von den Fehlern und Unstimmigkeiten der Außenpolitik der Verwaltungen dieses Landes, gab es keinen, der nicht von dem scheußlichen Blutbad an Tausenden von unschuldigen Amerikanern, von dort Geborenen oder aus den verschiedensten Ländern Abstammenden erschüttert worden war.

Es war die Stunde der Gewissensprüfung und nicht die des Schürens, Multiplizierens und Kapitalisierens des absurden während ganzen Jahrzehnten akkumulierten Hasses. Die übermächtige Nation mußte gleichmütig sein; der Rest der Welt hatte die Pflicht mutig zu sein. Ersteres hing von ihren Leadern ab; das zweite, von einem elementaren gesunden Menschenverstand und Anstand. Solche Tugenden sind nicht häufig, es geschah weder das eine, noch das andere. Der Mächtigste verfügte am 20. September, 9 Tage nach dem verwerflichen Terrorakt, einen Weltstaatsstreik, in dem er in Kriegsstimmung erklärte, daß alle Länder wählen müßten zwischen entweder seine Verbündete zu sein, oder seine Feinde. Die Vereinten Nationen verloren die geringe Autorität, die ihnen eine fehlerhafte Satzung zugestanden, durch ein Verfahren, das antidemokratischer nicht sein kann: das Vetorecht. Die anderen Staaten, um die 184, die sich normalerweise damit beschäftigen Vereinbarungen, fast immer erhabener Natur, abzustimmen, die aber niemals ausgeführt werden, haben dieses Maß selbst das Stimmrecht verloren.



Seitdem hört man nur den schreienden Lärm der Irrationalität, der Drohungen und der Waffen.

Die Wirtschaftskrisen, mit ihren Folgen von Armut und Hunger, multiplizieren sich; der Egoismus wächst, die Solidarität wird schwächer; die Krankheiten, manchmal selbst schlimmer als die Kriege, bedrohen gänzliche Regionen mit dem Aussterben. Die Wirtschaftswissenschaften stehen vor Problemen, die sie sich nie vorgestellt hätten, und sind an Konzepte und Kategorien wie an einen schweren Ballast angebunden, die sie in ein Meer der Ungewißheit und Impotenz versenken. Das haben sie in den großen und anerkannten Universitäten eines Wirtschafts- und sozialen Systems gelernt, welches heute ein anachronistisches Weltimperium geworden ist. Die Politik hat aufgehört, die Illusion einer erhabenen und nützlichen Kunst zu sein, mit der sie immer träumte sich zu rechtfertigen, um sich in eine banale und entwürdigende Unterhaltung zu verwandeln. Das ist eine große Tragödie, aber nicht unlösbar. Die eigene Unhaltbarkeit des Systems wird die Menschheit dazu bringen, Lösungen zu suchen.

DIE MAKABREN ABSICHTEN, WAHNWITZIGEN PLÄNE UND ILLUSIONEN DES HERRN BUSH

Stellen wir wieder beide Füße auf die Erde, in dem begrenzten Raum unseres Planeten, wo sich unser Land befindet, wir Kubaner haben das Recht, die bescheidene Freiheit der erfüllten Pflicht zu genießen. Wir sind das Ergebnis von großen Ereignissen und historischer Strömungen, die während vieler Jahrhunderte stattfanden. Koloniale und Sklavenhaltergesellschaft, mit starken Gefühlen für die Annexion und gegen die Unabhängigkeit in den reichsten Schichten der Einheimischen bis vor ein bißchen mehr als einem Jahrhundert; titanischer Kampf des wachsenden patriotischen Sektors während 30 Jahren, schon in der Nähe ihrer Ziele; die mit Zähigkeit und Heldentum seiner besten Söhne geschmiedete Nation interveniert durch Truppen der Vereinigten Staaten, verraten und verkauft, hin und her getragen von unendlich größeren Kräften, sehen wir uns heute, ein kleines Land, unabhängig und vollkommen frei, erhaben vor der stärksten imperialen Macht, die je existierte und die gar nicht dem Frieden zugeneigt ist und nicht die Rechte der Völker respektiert.

So ein einzigartiger Fall war in keinem Buch beschrieben. Vom tiefen Abgrund der Vergangenheit waren die Ideen, die Gefühle und die Kräfte hervorgequollen, die uns bis hierher gebracht haben, uns hier erhalten und erhalten werden.

Nach dem beschämenden Manöver in Genf, wo die Regierung der Vereinigten Staaten nach brutalem Druck einen knappen Pyrrhussieg erreichte, tauchen im vergangenen Mai gefährliche Tatsachen auf: Am 6. beschuldigt uns die Regierung der Vereinigten Staaten Forschungen zu

biologischen Waffen durchzuführen; am 20., die Reden Bush in Washington und Miami; am 21. wird der Einschluß Kubas in die Liste der Länder, die den Terrorismus begünstigen, wiederholt; am 1. Juni, die ungewöhnlichen Urteilsfällungen von Bush in West Point.

Am 20. Mai widmete der Präsident der Vereinigten Staaten einen ganzen Tag Kuba und seiner Revolution! Was für eine große Ehre! Er erinnert sich unser, dann existieren wir!

Ich weiß nicht, wann der Präsident der Vereinigten Staaten seine Reden schreibt, wann er einen seiner intimen Berater mit dieser Arbeit beauftragt, oder ob sie ein Hybrid beider Sachen sind. Unter egal welchen dieser Umstände sind gewöhnlich die Arroganz, die Demagogie und die Lüge untrennbare Begleiter solcher Reden. An diesem Tag hielt er zwei: eine im Weißen Haus und die andere in Miami. Er zeigte sich verächtlich, beleidigend und wenig respektvoll dem Gegner gegenüber. Das Wichtigste waren nicht die Beleidigungen und Beschimpfungen. Diejenigen, denen die Argumente fehlen, haben keine anderen Waffen, als die Lüge und die Adjektive. Was als wesentlich angesehen werden soll, sind ihre makabren Absichten, ihre wahnwitzigen Pläne und ihre Illusionen.

Ein Beispiel für unfäßliche Falschheit und Respektlosigkeit gegenüber der internationalen öffentlichen Meinung fand statt, als der Herr Bush in seiner Rede im Weißen Haus ruhig behauptete, daß die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten und Freunde die Freiheit in Ländern wie Südafrika erreichten.

Die ganze Welt weiß, und die neuen Generationen müssen es erfahren, daß es in Cuito Cuanavale und im Südosten von Angola war, wo das Ende des Apartheid entschieden wurde, mit der Teilnahme von mehr als Vierzigtausend kubanischen Kämpfern an dieser Front an der Seite der angolanischen und namibischen Soldaten. Die Verwaltungen der Vereinigten Staaten haben Savimbi aufgerüstet, der Millionen von Minen säte und Hunderttausende von Zivilen ermordete. Sie haben Komplizenhaft darüber geschwiegen, daß Südafrika sieben Nuklearwaffen besaß, mit der Idee, daß diese gegen die kubanischen Truppen verwendet würden.

Bush verwechselt seine Wünsche mit den seltsamsten Phantasien.

„Vor 100 Jahren,“ sagte er in Miami, „erklärte das stolze Volk von Kuba seine Unabhängigkeit und brachte Kuba auf den Weg der Demokratie. Wir sind heute hier, um diesen wichtigen Jahrestag zu feiern.“

Für ihn existierte der Platt-Zusatz nicht, der Betrug, der Verrat, das Recht zu intervenieren, die Beleidigung der Souveränität von Kuba, die dieser darstellte. Es existierte nicht einmal die Geschichte.

Er spricht von einem Peter Pan, heute einer seiner Minister. Und er sagte nicht, daß in jener monströsen Opera-

ton, die jenen Namen trug, organisiert von den Autoritäten der Vereinigten Staaten auf der Grundlage einer zynischen und abstoßenden Lüge, Vierzehntausend kubanische Kinder heimlich aus dem Land geschleust wurden.

Sofort greift er zur melodramatischen Geschichte eines kubanischen Jungen, der 1995, als er zehn Jahre alt war, in den Vereinigten Staaten ankam, der in einigen Wochen die Senior High School von Miami abschließen und der erste dieser Bildungsstätte sein würde, der in die Universität Harvard eintreten würde. Er hatte nicht und konnte auch nicht die minimal notwendige Ehrlichkeit besitzen, anzuerkennen, daß nur ein Kind aus Kuba kommend - einziges Land der Hemisphäre, wo ab der Vorschule alle eingeschult sind und hundert Prozent der Kinder die sechste Klasse mit den doppelten Durchschnittskenntnissen in Sprache und Mathematik abschließen, wie es die UNESCO bezeugt - mit einigen wenigen anschließenden Studienjahren in Harvard eintreten kann. Es ging nicht um einen in einer öffentlichen Schule erzogenen Einwanderer des Restes von Lateinamerika, auch nicht um einen indianischen oder schwarzen Nordamerikaner.

Unmittelbar ergänzt er, daß in Kuba niemand etwas zugekommen ist, "weder den Werktätigen, noch den Bauern oder den kubanischen Familien, nur Elend und Isolierung."

Er versucht nicht einmal zu erklären, warum denn dann vier Jahrzehnte von Aggressionen, Terrorismus, Blockade und Wirtschaftskrieg seitens der Vereinigten Staaten. Um jenen entgegenzutreten waren eine große Dosis von Bewußtsein, Politik, Kultur, Heldentum und Unterstützung des Volkes notwendig, sie haben jedoch überhaupt nicht jene Revolution, die nichts für das Volk getan hat, zerstören oder schwächen können.

Der Herr Bush fügt hinzu, unter anderen Oberflächlichkeiten, daß, als alle Nationen der Hemisphäre den Weg zur Demokratie gewählt haben, ich den "des Gefängnisses, der Folter und des Exils für die Kubaner ausgewählt habe, die sagen, was sie denken." Diese verleumderische Referenz über die Anwendung der Folter in unserem Land macht genau das Oberhaupt jenes Staates, der in Spezialschulen Zehntausende von Lateinamerikanern ausbildete, die in fast allen Ländern unserer Hemisphäre verantwortlich für Hunderttausende von Gefolterten, Verschleppten und Toten waren. Unser Sicherheitspersonal hat nie Unterricht von solch geübten Meistern erhalten. Wenn der Herr Bush in der Lage wäre, einen einzigen Fall von Folter in Kuba in den mehr als vier Jahrzehnten der Revolution zu beweisen, wären wir bereit, eine Goldskulptur zu errichten, selbst wenn wir dafür die Kollektion unseres Numismatikmuseums einschmelzen müßten, um sein Andenken zu ehren, als einer der weniger Lügenhaften aller Lügenhaften der Welt.

Die unser Vaterland und seine lange und unheilvolle Geschichte von Grund auf kennen, wissen, daß die ethischen Prinzipien der Revolution, etwas was ihre außerordentliche Kraft und Widerstandskraft erklärt, ganz und gar nicht die Prinzipien des Herrn Bush sind.

In den ungehörigen Reden, die er am 20. Mai hielt, kündigte er an:

"Meine Administration wird auch daran arbeiten, Wege zur Modernisierung der 'Martí- Radio- und Fernsehsender suchen."

Wie man ersehen kann, während Kuba jeden Tag mehr Stunden im Fernsehen den Schul- und Universität-für-Alle-Programmen widmet und Ressourcen für die Erweiterung eines Erziehungskanals auf das ganze Land investiert, der wachsendes Prestige und Unterstützung im Volk gewinnt, verspricht die Regierung der Vereinigten Staaten, ganz abgesehen von der Beleidigung, den Namen unserer heiligsten historischen Figur zu verwenden, mehr Geld in die Modernisierung von Radio- und Fernsehsendern zu investieren, um unsere Kultur anzugreifen und Desinformation, Lügen, Gift und Subversion in unserem Land zu säen.

In einem Anflug der phantasierend erscheinen würde, erklärt er sich sprachlos, da er gelesen habe - ohne daß je- r d wüßte, wo er es las - daß in dieser modernen Ara das kubanische Regime den öffentlichen Verkauf von Computern verbietet. Er behandelt uns, als wären wir ein entwickeltes und reiches Land. Niemand ist es in den Sinn gekommen, ihm zu sagen, daß dennoch Kuba in diesem Moment das einzige Land dieser Hemisphäre ist, möglicherweise die Vereinigten Staaten eingeschlossen, wo hundert Prozent der Schulen und Lehranstalten, beginnend bei der Vorschule bis zum letzten Jahr der Universität, Computerlabors und -lehrer zur Verfügung haben, trotz der eisernen und grausamen wirtschaftlichen und technologischen Blockade, die unserem Volk auferlegt wurde, um ihm jeglichen Fortschritt auf jeglichem Gebiet unmöglich zu machen.

Der Herr Bush könnte berechtigt sprachlos werden, wenn er in der Lage wäre zu glauben, daß unser Land heute möglicherweise das einzige des Planeten ist, das um eine allgemeine integrale Kultur kämpft, wo derjenige, der nur die Kenntnisse einer Universitätskarriere besitzt, in nur wenigen Jahren als funktioneller Analphabet angesehen werden wird. Dann werden wir mit den Bürgern der Vereinigten Staaten und anderer entwickelter Länder nicht nur in den Kommunikationsmöglichkeiten in mehreren Sprachen per Internet, sondern auch in Erziehungs- und Kultur-niveau wetteifern können. Es wäre besser, er würde die Kinder und Jugendlichen seines Landes auf diese nicht ferne Zukunft vorbereiten, und besonders sie vor dem zerstörenden und entfremdenden Effekt der Kommerziellen und Konsumpublizität schützen.

WIR SIND NICHT BEREIT, WEDER VERLETZUNGEN UNSERER SOUVERÄNITÄT NOCH DEMÜTIGENDE MISSACHTUNG DER FÜR DIPLOMATEN GELTENDEN VERHALTENS-NORMEN ZU GESTATTEN

Noch etwas schamhaftes und unzulässiges: Der Herr Bush versicherte, daß "wenn Kuba beginnt, wichtige grundlegende auf den Markt orientierte Reformen anzunehmen" - das heißt, auf den Kapitalismus orientierte, - "dann und nur dann würde er mit dem Kongreß der Vereinigten Staaten daran arbeiten, die Einschränkungen in Bezug auf die Reisen und den Handel zwischen unseren beiden Ländern zu flexibilisieren."

"Wir werden weiterhin die nordamerikanische Finanzierung der kubanischen Einkäufe von nordamerikanischen landwirtschaftlichen Produkten verbieten, weil das nichts anderes als ein Programm verkleideter, ausländischer Hilfe sein würde, das nur dem aktuellen Regimen Nutzen bringen würde."

"Wenn der Herr Castro unser Angebot abschlägt, würde er seine Parteigänger auf Kosten seines Volkes beschützen und am Ende wird er, trotz aller dieser Unterdrückungsinstrumente, sich vor seinem Volk verantworten müssen." Das ist genau das, was ich tue, Herr Bush: mich vor dem Volk verantworten, Rechenschaft über mein Leben und meine revolutionäres Betragen abzulegen, um gemeinsam mit ihm die Antwort zu erarbeiten, die wir auf die Forderungen und Drohungen, die sie einem Volk mit der Ehre und Würde eines Volkes wie dem kubanischen nicht hätten stellen sollen und nicht das Recht haben zu stellen.

Mit unschuldiger und anmaßender Verwegenheit, erklärt der Herr Bush, daß "er Stipendien an kubanische Studenten und Fachleute, die versuchen, unabhängige zivile Institutionen innerhalb Kubas zu schaffen, und an die Angehörigen von politischen Gefangenen verleihen wird."

In Kuba genießen unsere Heranwachsenden und Jugendlichen fast eine halbe Million von Stipendien für alle Arten von Schulbildung. Diese Stipendien werden nach akademischer Leistung oder nach den Bedürfnissen unserer Studenten vergeben, je nachdem, um welche Einrichtungen es sich handelt. Keiner der Kinder oder Jugendlichen wird diskriminiert. Die Idee, daß so etwas aus politischen Gründen gemacht werden könnte, ist beleidigend und unzulässig.

Der Herr Bush bietet Stipendien an, die das Land absolut nicht braucht, und er tut das mit anderer Zielstellung. Er darf sich nicht der Vorstellung hingeben, daß wir zu einem Plan beitragen werden, der etwas Ähnliches wie die School of the Americas schaffen will, um umstürzlerische und Destabilisierungs-Agenten im Dienste seiner imperialen Einmischungspläne zu formen.

In Kuba werden jedes Jahr, zusätzlich, Tausende von Stipendien an junge Ausländer verliehen und wir diskriminieren niemand aus ethnischen oder ideologischen Gründen. Es wäre besser, der Herr Bush würde diese Stipendien jungen Schwarzen, Indianern oder lateinamerikanischen Ursprungs in den Vereinigten Staaten gewähren, die nicht studieren können.

Die Regierung der Vereinigten Staaten begeht gleichfalls einen Fehler, wenn sie im voraus damit rechnet, daß jene Bürger strafflos ausgehen, die im Sold einer ausländischen Macht stehen - ein Delikt, für das die US-amerikanischen Gesetze harte Strafen vorsehen - oder wenn sie meint, daß jene, die, in welcher Tarnung auch immer, Kuba zum Zwecke des Transports von Mitteln und der offenen Verschwörung gegen die Revolution besuchen, Erleichterungen erfahren werden oder daß die Mitarbeiter ihrer Interessenvertretung ein Recht haben, unter dem Vorwand der Prüfung der Lage der nach Kuba zurückgeführten illegalen Emigranten über Land zu fahren und nach Gutdünken Netze zu organisieren und Verschwörungen anzuzetteln und dabei die Verhaltensnormen von Diplomaten verletzen. Wir sind nicht bereit, weder Verletzungen unserer Souveränität noch demütigende Mißachtung der für Diplomaten geltenden Verhaltensnormen zu gestatten. Ebenfalls unzulässig ist Warenschmuggel im Diplomatengepäck. Es wird der Regierung der Vereinigten Staaten zuzuschreiben sein, sollte die Fortsetzung dieser Praktiken zur Aufhebung des Migrationsabkommens, ja einschließlich zur Schließung der Interessenvertretung in Havanna führen. Wir wünschen es nicht, denn es wäre dieser ein bedauerlicher Schritt zurück in den wenigen Aspekten der Beziehungen zwischen beiden Ländern, bei denen man vorangekommen ist.

Doch wir sind bereit, auf alles Mögliche, ja sogar auf das Leben zu verzichten, nur nicht auf die Würde und die Souveränität unseres Landes. Wir sind es nicht, die wir die Vereinigten Staaten angreifen, anfeinden und blockieren. Wir verlangen von ihnen nicht, ihre Verfassung und ihr Wirtschafts- und politisches System zu ändern. Wir respektieren strikt die Rechte der anderen Staaten. Die unseren sind also ebenfalls zu respektieren.

Beweise für einen ehrlichen Geist der Kooperation in Fragen gemeinsamen Interesses haben wir mehr als genug geliefert. Von uns drei Projekte für bilaterale Vereinbarungen zur Bekämpfung des Drogenhandels, des Menschenschmuggels und des Terrorismus ausgegangen.

Noch ein Beispiel: Angesichts der illegalen Nutzung des Militärstützpunktes Guantánamo als Gefangenenlager für ausländische Gefangene trafen wir die entsprechenden Maßnahmen und schufen Erleichterungen in diesem unebenen und bergigen Gelände, um Unfälle sowohl unter dem US-amerikanischen Militärpersonal als auch unter den Gefangenen zu vermeiden.

In seiner Rede spricht Herr Bush von politischen Gefangenen in Kuba, erwähnt jedoch mit keinem Wort die kuba-

nischen Helden, die Gefangene des Imperiums sind und in den Vereinigten Staaten zu Unrecht zu Dutzenden Jahren Haft und einige zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurden. So reden sie von Spionen dort und von politischen Gefangenen hier. Wir sprechen von politischen Gefangenen dort und von konterrevolutionären Gefangenen und Spionen hier.

Zum Schluß noch ein Punkt, den wir nicht übergehen dürfen: die Diffamierung und grobe Beleidigung, als er in Miami behauptete, der Handel mit Kuba bewirke nichts anderes als das Füllen der Taschen von Castro und seiner Anhänger.

Herr Bush, ich bin den korrupten Figuren, die Sie in der Welt mit Ihrer Freundschaft beehren, absolut nicht ähnlich; oder jenen, die nach kapitalistischen und neoliberalen Rezepten den Staat konfiszierten und Hunderte Milliarden Dollar ins Ausland schafften, wovon ein großer Teil von renommierten und einflußreichen US-amerikanischen Banken gewaschen wurde. Sie, der Sie als Millionär und Sohn eines Millionärs an den hohen Vermögensbeträgen so eng verbunden sind, werden vielleicht niemals begreifen können, daß es Menschen gibt, die unbestechlich sind und denen das Geld gleichgültig ist.

Ich bin nicht vollkommen arm geboren. Mein Vater besaß Tausende Hektar Land. Mit dem Sieg der Revolution wurde dieser Boden den Arbeitern und Bauern übergeben. Ich habe die Ehre, sagen zu dürfen, daß ich nicht einen einzigen Dollar weder besitze noch einnehme. Mein gesamtes Vermögen, Herr Bush, hat in der Tasche Ihres Hemdes Platz. Sollte ich diese eines Tages benötigen, um mein Vermögen an einem gut geschützten Ort vor Präventiv- und Überraschungsüberfällen zu bewahren, dann würde ich Sie darum bitten; und sollte es umfangreich sein, dann spende ich es im voraus als Mietzahlung.

Es ist schon sonderbar zu sehen, wie in der Rede von Präsident Bush am 20. Mai, die er am gleichen Tag zweimal hielt, ein subtiler Unterschied enthalten ist. In der Rede im Weißen Haus wird weder das Wort Folter noch der plumpe Satz über die Taschen Castros und seiner Parteigänger erwähnt. Diese Worte fügte er im James L. Knight Center zum vollen Vergnügen seiner Spezis in Miami ein, der gleichen, die nach der Rückführung von Elián zu seinen Angehörigen nach Hause wutentbrannt die US-amerikanischen Fahnen mit Füßen traten und anzündeten. So etwas hat es in Kuba seit dem Sieg der Revolution nie gegeben.

Auf Ihre Rede in West Point nahm ich bereits in Santiago de Cuba Bezug. Es sind heute nicht wenige auf der Welt, einschließlich in Ihrem eigenen Lande, die die Besorgnis hinsichtlich der Philosophie teilen, die Sie dort zum Ausdruck brachten. Ich werde dem hier nichts hinzufügen. Mir bleibt lediglich das Vergnügen, Ihnen mitzuteilen, daß Sie mit Ihren Drohungen eines schnellen Überraschungsangriffes hier in diesem dunklen Winkel der Welt niemandem Furcht einjagen.

Alle unsere Frauen und Männer leben den Countdown. Seit langem widmen wir unserer Sache jede Minute unseres Lebens.

Sie, Herr Bush, verlieren an Autorität. Theoretisch haben Sie die Macht, über einen großen Teil der Welt den Tod zu verhängen; doch Sie können dies nicht allein tun. Um die übrige Welt zu töten, benötigen Sie die Hilfe vieler. Unter den militärischen und zivilen Befehlshabern in den Machtstrukturen Ihres Landes gibt es viele fähige und gebildete Personen. Bei ihnen ist ein Befehl nicht ausreichend. Sie müssen überzeugt werden, und man wird dies immer weniger erreichen in dem Maße wie Ihre politischen Berater ohne militärische, ja nicht einmal politische Fähigkeit und Erfahrung einen Fehler nach dem anderen begehen. Schaurige Lügen und gelegentliche Erfindungen reichen nicht aus, um Präventiv- und Überraschungsangriffen gegen eines der 60 oder noch mehr Länder, gegen mehrere oder gegen alle zu starten.

Auch leben in Ihrem Land Millionen Wissenschaftler, Intellektuelle, Berufskader der unterschiedlichsten Disziplinen, die gut zu unterscheiden wissen zwischen dem Guten und dem Bösen, denen die Historie und die schrecklichen Realitäten der Welt von heute bekannt sind, die eine Meinung haben und Meinungen formen. Auch der Rest der Welt vergißt nicht so leicht die Tragödien, zu denen die von Ihnen vertretenen Ideen und Konzeptionen führen können.

Das sagt Ihnen ohne Sie persönlich kränken oder beleidigen zu wollen jemand, der lediglich die bescheidene Fähigkeit der kalten Überlegung besitzt und für den es, ebenso wie für ein ganzes mutiges und heldenhaftes Volk, seit langer Zeit das Bewußtsein der Furcht nicht mehr gibt.

Es lebe der Sozialismus!

(Übersetzung: ESTI)

Die USA haben in der OAS gerade durchgesetzt, daß das Mehrparteiensystem und der Kapitalismus unantastbar seien

Redebeitrag von Außenminister Felipe Pérez Roque, auf der außerordentlichen Sitzung der Nationalversammlung, im Palacio de Convenciones, am 25. Juni 2002, "Jahr der vom Imperium gefangengehaltenen Helden"

Genosse Fidel!

Genosse Raúl!

Genosse Alarcón!

Abgeordnete und Gäste!

Ich möchte auf drei Fragen eingehen:

Erstens: Das Völkerrecht, das Präsident Bush außer Acht zu lassen bemüht ist, erkennt dennoch das Recht Kubas an, sein eigenes politisches System zu wählen. Unser eigenes politisches System zu wählen ist ein Recht, das wir Kubaner haben, und das vom Völkerrecht geachtet wird. Die Charta der Vereinten Nationen anerkennt "das Prinzip der Gleichberechtigung" - zwischen Groß, Klein, Arm oder Reich - "und die freie Selbstbestimmung der Völker".

Die internationalen Menschenrechtskonventionen besagen: "Alle Völker haben das Recht auf freie Selbstbestimmung. Nach diesem Recht legen sie frei ihre politischen Bedingungen fest" - wählen ihr System - "und beschließen auch ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung." Daran denken wir, wenn wir in diesem Augenblick davon reden, diese Prinzipien in unserer Verfassung noch klarer zu definieren.

Die Charta der Organisation Amerikanischer Staaten, eine Organisation, die wir sehr gut kennen und deren Geschichte unserem Volk bekannt ist, erklärt sogar folgendes: "Jeder Staat hat das Recht, ohne Einmischung von außen sein politisches, wirtschaftliches und soziales System zu wählen, und sich so zu organisieren, wie es für ihn am günstigsten ist, und er hat die Pflicht, sich nicht in die Angelegenheiten eines anderen Staates einzumischen". Das erklärt die Charta der OAS, und die Vereinigten Staaten haben sie unterzeichnet, was sie verpflichtete, nach dem Sieg der Kubanischen Revolution das politische, wirtschaftliche und soziale System, für das sich unser Land entscheiden würde, zu respektieren.

In diesen Tagen haben sie sich ironisch geäußert, haben aber auch die Schlagkraft der Großkundgebungen, die in unserem Land stattfanden und für die Geschichte unseres Landes und diese Region beispielhaft sind, erkannt; sie berichteten, unsere Absicht sei es, den Sozialismus als unantastbar - und das Wort setzten sie in Anführungsstriche - zu erklären. Zu mehr wagen sie sich nicht, aber in dem Satz schwingt eine Anspielung mit. Dabei haben die USA in der OAS selbst gerade durchgesetzt, daß das Mehrparteiensystem und der Kapitalismus als System in Lateinamerika unantastbar seien.

In der unlängst verfaßten und in der OAS angenommenen Interamerikanischen Demokratischen Charta haben sie das von ihnen erzwungene neoliberale und Mehrparteiensystem für das übrige Lateinamerika als unantastbares System erklärt, um die Völker zu trennen und besser beherrschen zu können. In dieser Charta wird proklamiert, wenn ein lateinamerikanisches Land gegen dieses System verstößt und es verläßt, wird es ausgeschlossen und sanktioniert. Warum sollten wir dann weniger berechtigt sein, unser System, mit Unterstützung von mehr als 99 Prozent unserer Bevölkerung auf den Plätzen und mit den Unterschriften unserer Bürger, als unantastbar, unberührbar oder ganz gleich wie es uns recht ist, zu erklären? Das zum ersten Thema.

Das Völkerrecht steht auf unserer Seite, das kubanische Volk hat das Recht, in Kuba zu machen, was es für richtig hält, und die US-Regierung hat die Pflicht, zu respektieren, was wir Kubaner dank und mit Unterstützung unserer Bürger, einschließlich unserer Kinder, zu tun beschließen.

Zweitens: Die Kubaner von heute, von denen diese Versammlung ein wichtiger Teil ist, würden, nachdem was wir in Kuba erlebt haben, nachdem was wir in der Welt gesehen haben und täglich sehen, uns nicht verzeihen, wenn wir uns eines Tages einschüchtern ließen oder dem Druck Bush's oder eines anderen US-Präsidenten nachgeben

würden; die Geschichte und unsere Kinder würden es uns nicht verzeihen.

Zwei Bedingungen stellt Präsident Bush an Kuba, um uns das Leben zu schenken:

a) Er hat gesagt - wir haben hier seine Reden gelesen, sie wurden analysiert, unser Volk kennt sie - wir sollten unser politisches System, das uns zum ersten Mal in unserer Geschichte frei und unabhängig gemacht hat, aufgeben. Sehr gutgläubig wären wir, würden wir es tun!

Warum sollten wir es Herrn Bush und der Mafia von Miami, seinen Verbündeten, so leicht machen? Warum sollten wir hier die Gründung einer Partei erlauben, die sofort die Invasion der Yankees und dann die Annexion Kubas veranlassen wird? Warum sollten wir hier erlauben, die Partei und die Presse zu schaffen, die ihren Interessen nachkommt und von ihrem Geld finanziert wird? Das ist der Punkt!

Wir haben diesen Krieg gewonnen, wir sind die Sieger, wir haben mehr als 40 Jahre den Aggressionen standgehalten, und sie konnten 1959 die Geschichte vom Beginn des 20. Jahrhunderts nicht wiederholen; sie haben es nicht gekonnt, und wir haben die Macht, dank der Unterstützung des Volkes und der Anerkennung der Welt, die zunimmt, selbst in den Vereinigten Staaten.

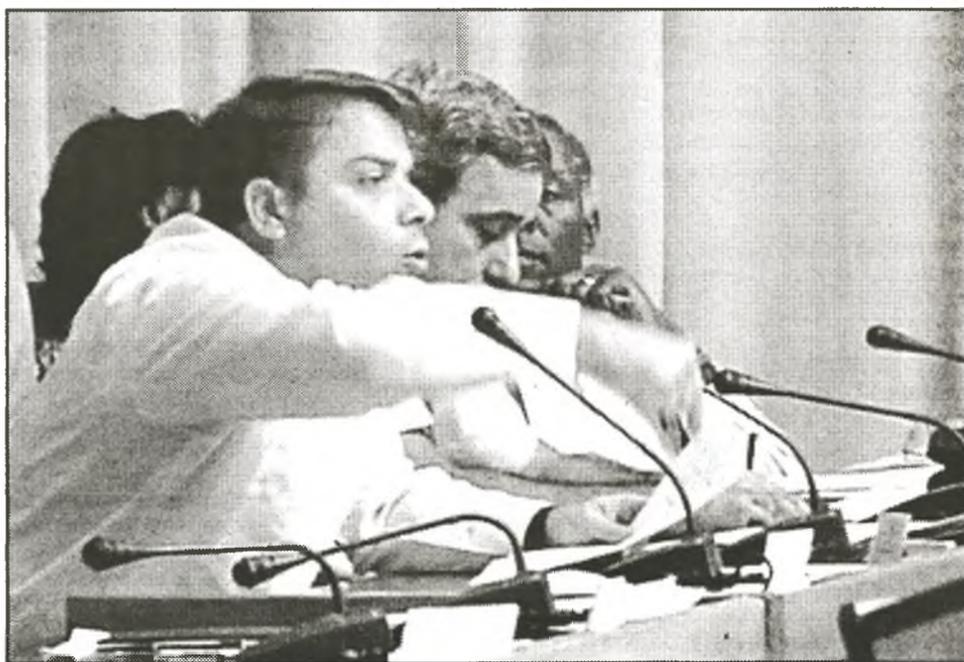
Wir wären naiv, würden wir eines Tages das Vorrecht abtreten, das uns das Völkerrecht zuerkennt und das uns die Geschichte in die Hände gelegt hat, dank unserer heldenhaften Standhaftigkeit, und der Tatsache, daß wir den Aggressionen und der Blockade, dem Druck oder der Umgarnung des mächtigen Nachbarn widerstanden haben.

Die Mafia von Miami ist hinter der historischen Zeit unseres Vaterlandes zurückgeblieben, das Rad unserer Geschichte hat sie überrollt. Die Geschichte steht auf unserer Seite, die internationale Öffentlichkeit steht auf unserer Seite.

Warum ein Mehrparteiensystem in Kuba, wenn es in den USA nicht existiert und in Lateinamerika bereits gescheitert ist? Warum damit jetzt beginnen, wenn bereits niemand mehr in der Welt daran glaubt, wenn das System der politischen Parteien an Ansehen verloren hat, wenn Politiker Wahlkämpfe damit führen, daß sie sagen, sie gehörten keiner Partei an? Mehrere Parteien mit gleichen Programmen, die Freiheit, in der Regierung die Versprechungen des Wahlkampfes zu erfüllen, sind gleich Null, mehrere Parteien, die im allgemeinen Gelder von den gleichen einheimischen und ausländischen Interessenten erhalten, und denen sie dann diesen Gefallen zurückzahlen. Unterschiedliche Parteien, aber keine unterschiedlichen Alternativen, keine unterschiedlichen und wirklichen Alternativen. Keine kann sagen, daß sie die Schulden nicht bezahlen wird, keine kann sagen, daß sie eine korrupte Privatisierung überprüfen wird, daß sie die nationalen Reichtümer zu retten versuchen wird. Sie können es nicht! Sie sind den ausländischen Interessen, den internationalen Finanzorganen untergeordnet.

Warum sollten wir in Kuba wieder Parteien gründen, die schon einmal in Kuba nichts gelöst haben? Das ist der Schlüssel in diesem Augenblick, der auf dem Spiel steht bei der Entscheidung, die diese Versammlung gemeinsam mit der Unterstützung des Volkes treffen wird, ganz gleich was unser Gegner sagt.

Bush sammelte 193 Millionen Dollar - hundertdreißig Millionen Dollar! -, und gab davon 186 Millionen aus, bis er zum Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannt wurde - er wurde ernannt! Diesem Beispiel sollen wir folgen? Kann er mit dieser Moral den Kubanern eine Vorlesung über Demokratie halten? Man muß ernst bleiben



und verstehen, daß wir Kubaner politisch geschult sind und wissen, was in der Welt vor sich geht und was die Realität unseres Landes ist!

b) Die andere Forderung, die er an uns stellt, ist, in Kuba den Kapitalismus einzuführen und den US-Transnationalen und der batistianischen Mafia den Weg zu ebnet, und nach dem Helms-Burton-Gesetz - hier darf nicht vergessen werden, ganz gleich was auch Bush sagt, bis das Helms-Burton-Gesetz nicht abgeschafft ist, ist das die US-Politik gegenüber Kuba - kann die Blockade, sobald die Revolution zerstört ist, nicht aufgehoben werden, ehe nicht das Eigentum der batistianischen Mafia, und auch die kubanische Staatsbürgerschaft an die Mitglieder der Mafia zurückgegeben sind, die nach der Übersiedlung in die Vereinigten Staaten US-Bürger wurden. Das besagt das Helms-Burton-Gesetz. Und man wird erneut einen Wirtschaftsprüfer ernennen, und nachdem die Institutionen der Revolution aufgelöst und an die Eigentümer zurückgegeben sind, werde mit der Blockade Schluß gemacht werden. Das legt das Helms-Burton-Gesetz fest, und es ist ratsam daran zu erinnern, daß das, unabhängig von dem was Bush sagt, die US-Politik ist.

Warum sollten wir in Kuba den Kapitalismus einführen, wenn wir doch wissen, daß er in Kuba nichts gelöst hat? Warum sollten wir in Kuba ein unterentwickeltes kapitalistisches, von den USA abhängiges Modell installieren, das einzige, das für dieses von den USA abhängige Land in Frage käme? Ist es doch das Modell, das Lateinamerika in eine immer größere Armut und in eine beschämende Ungleichheit gestürzt hat. Warum sollten wir Kuba kapitalistisch machen, wenn doch die halbe Bevölkerung Lateinamerikas in diesem Moment in einer zunehmenden und erschütternden Armut lebt? Sehr leichtgläubig wären wir, wenn wir an den Traum glauben, daß der Kapitalismus aus Kuba ein entwickeltes Land machen würde! Wenn wir das Märchen glaubten, daß er jeder Familie Reichtum und Sicherheit bringe. Reine Märchen, Lügen, Betrug und Täuschung des Feindes! Schwanengesang, der nie ein armes Land der Dritten Welt erreichen würde, das praktisch die Annexion an die Vereinigten Staaten erwartet, wenn eines Tages die Revolution zerstört und in Kuba ein kapitalistisches Modell, das unser Volk gut kennt ist, installiert werden sollte.

Drittens: Der Versammlung möchte ich sagen, daß der heutige Akt von großer Tragweite und notwendig ist; aber nicht nur, weil wir ihn in der Verfassung fest schreiben, schützen wir den Sozialismus in Kuba. Tatsächlich kam der Sozialismus vor der jetzigen Verfassung nach Kuba. Der Sozialismus kam mit den Gewehren der Miliz, die den Sozialismus in Kuba im Sand von Playa Girón verteidigten; mit den revolutionären Gesetzen, von denen andere Genossen hier in unvergeßlichen Zeugenaussagen schilderten, was er in ihrem Leben, in ihrer Familie, für ihr Volk wirklich bedeutet hat.

Von unseren Ideen nicht abzugehen, nicht zu irren, das ist der Schlüssel. Die Antwort, die diese Versammlung heute darauf gibt, was wir machen werden, wenn die Generation, die die Revolution gemacht hat und heute leitet, die Generation von Fidel, von Raúl, nicht mehr unter uns ist; wenn die Lehre Fidels, wenn dieser Weitblick fehlt, der sieht, was wir anderen noch nicht sehen, das Fingerspitzengefühl, die Fertigkeit und Ethik, die Strenge und die Erfahrung, die Flexibilität in Dingen, die flexibel gelöst werden können und das unerschütterliche Festhalten an den Prinzipien; wenn Raúl nicht mehr ist um sich im Land umzuschauen, und zu sagen: Ja, es ist möglich!, inmitten der Ohnmacht, der logischen Bestürzung über den Verlust der einen und den Verrat anderer. Das ist der Schlüssel!

Der Feind sagt, er setze auf die Lösung, daß die künftigen Generationen nicht so standhaft, nicht so geistesgegenwärtig und diesen Idealen nicht so verpflichtet sein werden, wie diese unbestechliche Generation, die sie nicht stürzen konnten und die ein ganzes Volk zu einem Kampf aufstehen ließ, der weltweit auf Bewunderung stößt. Das ist ihre Illusion, und hier ist der Schlüssel.

Was wir heute tun, dieser Akt, der heute stattfindet, die Diskussion und die Stimme, die wir haben werden, drückt ein Streben in die Zukunft aus, erfüllt ein Mandat des Volkes, ist eine unbestreitbare Quelle der Rechtmäßigkeit, ist in diesem Augenblick ein unentbehrlicher Akt, aber er ist nicht alles.

Es ist ratsam, daran zu erinnern, daß die Sowjetunion aufgelöst wurde, obwohl 75 Prozent der Bevölkerung in einer Volksbefragung, ein paar Monate vorher, für ihre Nichtauflösung gestimmt hatte.

Der Schlüssel für die Zukunft ist meines Erachtens, daß wir zusammenhalten, damit sich die Spaltung und die Enttäuschung von Zanjón, unter denen unser Volk und unserer Vorfahren litten, nicht wiederholen. Es genügt nicht, viel gekämpft zu haben, wichtig sind Standhaftigkeit und Geistesgegenwart im entscheidenden Augenblick. Darum haben wir in Angola gesiegt, nach 15 Jahren glorreichen Krieges, denn in der entscheidenden Stunde fehlte es nicht an unserer Entschlossenheit, unserem Mut, und es gelang uns, nach vielen Jahren. Andere haben viel gekämpft und in einem Augenblick des Schwankens wurden sie geschlagen.

Nicht zuzulassen, daß man unsere Partei zerstört, ist meines Erachtens der Schlüssel. Die Auflösung der Kubanischen Revolutionären Partei gab den Ausschlag, Kuba in eine virtuelle Yankee-Kolonie zu verwandeln. Eine zielstrebige und vorbildliche Partei, die eng mit dem Volk verbunden ist, wird eine Garantie sein. Eine Partei, deren Mitglieder dem Volk gerade in die Augen blicken können, das jene achtet, deren einziges Privileg es ist, sich mehr als die anderen zu opfern. Eine Partei, die keine ruhigen Posten, keine Privilegien verteilt, die keine Schmiergelder zahlt und keine Geschenke macht. Eine Partei, die nur das Recht hat, beispielhaft zu sein und zu fordern, immer in der ersten Reihe zu stehen. Eine Garantie für die Zukunft ist, daß man unsere Partei nicht zerstört, und wir sie nicht

durch Fehler in diese Gefahr bringen und ihr die Autorität erhalten, die sie in den langen Jahren des Kampfes gehabt hat.

Nicht zuzulassen, daß man unsere Volksarmee, Tausende von Kämpfern, entwaffnet. Eine Armee, die wir aufgebaut haben und die so heldenhafte Schlachten geschlagen hat, die heute bewundert werden, wie der Kampf gegen die Apartheid, Tausende von Kilometer von unserem Vaterland entfernt. Nicht umsonst besagt das Helms-Burton-Gesetz, daß in einer Situation der Vernichtung der Revolution "die USA bei dem Aufbau der bewaffneten kubanischen Kräfte helfen wird, damit diese ihre, einer Demokratie entsprechenden Rolle, übernehmen können". Das wäre wieder eine Entwaffnung des Befreiungsheeres, die den Kubanern des Krieges von 1895 so teuer zu stehen kam; sie würden wieder zu Landgendarmen und einer repressiven und korrupten Polizei werden, die nur auf die Befehle der USA warten.

Nicht die Kontrolle über unsere Wirtschaft verlieren. Nicht die Fähigkeit verlieren, um zu entscheiden, was im Land getan wird, wir sind das einzige Land in Lateinamerika, das heute entscheiden kann, was in diesem Land in wirtschaftlicher Hinsicht, in wirtschaftspolitischer Hinsicht gemacht wird.

Handel mit den Transnationalen? Ja, und mit allem Ernst und sehr gut. Ausländische Investitionen? Ja, aber unter unserer Kontrolle, wie es sie bereits gibt, wo es uns interessiert und paßt. Anweisungen vom Internationalen Währungsfonds, von der US-Bundesreserve, wie in anderen Ländern? Niemals! Das wäre das Ende unserer Gesundheit und Bildung für alle, das Ende der Kultur und der Sozialprogramme, der Garantien für die ältere Generation und die Rechte der Frauen. Das wäre das Ende des Wichtigsten, das Ende des unersetzlichen Rechts, selbst zu entscheiden. Am nächsten Tag würden hier einige Experten eintreffen um uns zu sagen, wir sollten die Sozialausgaben kürzen, wir sollten auf die Schulen verzichten, auf die Illusion, hier Hospitäler und Ärzte für alle zu haben, Arbeitslosigkeit für die Familienärzte, Arbeitslosigkeit für eine viertel Million Lehrer, die heute alle eine Schulklasse haben und die beim Sieg der Revolution keine Schule hatten, in einem Land von Millionen von Analphabeten, wie hier gesagt wurde.

Ihnen keinen Raum in unserer Presse einräumen. Warum sollten wir hier die von ihnen bezahlte Presse zulassen, die nur die Annexion fordert und unsere Kinder und Jugendlichen aufs neue mit der Lüge vergiftet, daß die USA uns befreit haben? Hat die internationale Presse Raum, um die Wahrheit über Kuba zu sagen? Ist es möglich, in einer durch die Mafia in Miami kontrollierten Presse die Wahrheit zu sagen? Gut, wenn sie die Revolution zerschlagen, werden sie in der Presse tun was sie wollen; aber solange die Revolution siegreich ist wie heute, ist die Presse da, um die Revolution zu verteidigen und gehört dem Volk, so wie eh und je (langer Beifall).

Es ärgert sie eine objektive Presse, die die Wahrheit sagt, die informiert, eine revolutionäre Presse. In der Welt gibt

es keine Presse, die nicht irgendwelchen Interessen dient, und unsere verfolgt das ehrenhafte Interesse, dem Volk zu antworten, das hier die Macht hat und die Revolution verteidigt, und es wäre töricht von uns, ihre Spielregeln zu akzeptieren. Hier stellen wir den Spieltisch, und der Einsatz sind die Toten, die für die Revolution gefallen sind.

Zum Abschluß dieses schnellen Glossars der Prioritäten in unserem heldenhaften Kampf, als die ich sie schlicht betrachte, müssen wir unsere nationale, humanistische und befreiende Kultur erhalten.

Heute morgen haben wir die aufklärende Analyse von Abel (Kultusminister) gehört. Fidel hat gesagt: "Ohne Kultur ist Freiheit nicht möglich". Das hat Fidel gesagt, "Ohne Kultur ist Freiheit nicht möglich". "Was ist ein Land, wenn es keine eigene Kultur gibt?", fragte Fidel im Gespräch mit unseren Autoren und Künstlern.

Gut, ich denke, nicht nachzugeben, keine Zugeständnisse zu machen, jetzt, da wir den Sieg errungen haben und ihn jahrzehntelang verteidigt haben, ist das Mandat des Volkes, ist das, was diese mehr als acht Millionen Stimmen aus ganz Kuba und der ganzen Welt bedeuten. Und das werden wir zum verfassungsmäßigen Gebot erheben.

Nicht in Leichtgläubigkeit zu verfallen, nicht an die Lügen und Dogmen zu glauben, an die sie selbst nicht mehr glauben, aber nicht den Mut haben es zuzugeben. Das ist kein Fanatismus, das ist Realismus.

Wir hegen keinen Haß gegen das US-amerikanische Volk, mehr als einmal haben wir das gesagt; wir hegen keinen Haß gegen das US-amerikanische Volk, wir machen es nicht verantwortlich für unser Leid, für die Blockade gegen Kuba. Auch verwechseln wir nicht die Mehrheit der Kubaner, die in den Vereinigten Staaten leben, mit der mächtigen Mafiaminderheit in Miami. Wir meinen, die Blockade schränkt ebenfalls die Rechte dieser Kubaner ein, sie verwehrt ihnen den Kontakt zu ihrer Familie in Kuba. Wir verwechseln sie nicht mit der Mafia. Der Gegner versucht, unsere Realität, die Bemühungen unserer Regierung für Kontakte dieser Kubaner zu dem Land und ihren Familien zu verdrehen. Ich meine, unser Kampf gilt auch irgendwie dieser stillen Mehrheit, die emigrierte oder dort geboren wurde und in deren Namen die Mafia mehr Blockade und mehr Aggressionen fordert.

Abschließend möchte ich im Namen der Beschäftigten des Außenministeriums, unserer Diplomaten im Ausland, bestätigen, daß unser Volk keinen Grund hat, sich ihrer Diplomaten zu schämen. Die kubanischen revolutionären Diplomaten werden nie unter Druck, Drohung oder Aggression verhandeln, wie es in dieser Versammlung von den Massenorganisationen erbeten wurde, in die Verfassung aufzunehmen. Niemals wird ihre Stimme schweigen, nicht einmal, wenn es eines Tages einigermaßen normale Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten gäbe, es aber Imperialismus gäbe.

Vielen Dank

(Anhaltender Beifall)

Hier studieren heute mehr schwarze Honduraner als in der Geschichte der wichtigsten Universität des Landes insgesamt

HEUTE studieren in Kuba mehr schwarze Honduraner Medizin, als alle Matrikulierten in der Geschichte der wichtigsten Universität der mittelamerikanischen Nation, stellte Luther Castillo Harris fest, der einer Ethnie der Mosquitia in Honduras entstammt.

Der Student der Lateinamerikanischen Schule für Medizinwissenschaften, in Havanna, schilderte die erschütternde Wirklichkeit seines Landes. Nur in Kuba gebe es ein Parlament in dem die Rassen und gesellschaftlichen Gruppen repräsentativ vertreten seien. In der honduranischen Mosquitia, berichtete er, leben acht Ethnien, aber keine ist in der Regierung vertreten. Kuba sei eine leuchtende Fackel in der Hemisphäre.

Er erläuterte, daß, wenn er kubanisches Volk sage, er von dem Volk rede, das über ein vollständiges Gesundheitssystem verfügt, das zu jeder Zeit das Richtige zu tun weiß, und nicht das, was der Gegner verlangt, und von dem Volk, das in 80 Ländern über 15 Millionen Bewohner betreut hat.

URUGUAY DURCHLEBT DIE SCHWERSTE KRISE SEINER GESCHICHTE

"Eine Lektion hat der uruguayische Präsident nicht gelernt. Nicht der beleidigt, der will, sondern der, der kann. Welche Autorität hat er, um über andere Völker zu reden und noch dazu über Menschenrechte", betonte der Gewerkschaftsführer Juan Castillo aus Uruguay, dessen Regierung eine Resolution gegen Kuba in der Menschenrechtskommission in Genf vorlegte.

Castillo fragte sich zur Situation seines Landes: "Ist es Demokratie, wenn man für ein paar wenige Privilegierte regiert und zig politische Parteien mehrerer Farben hat?" Uruguay durchlebe die schwerste Krise seiner Geschichte und seine Regierung gehorche vor allem den Aufforderungen von außen, versicherte er.

"Wir sind im fünften Jahr einer ununterbrochenen Rezession, seit drei Jahren geht es mit dem Bruttoinlandsprodukt abwärts, die Arbeitslosigkeit der Bevölkerung liegt bei 16 Prozent, aber unter der Jugend sind 32 Prozent und von den

Frauen 22 Prozent arbeitslos. 42 Prozent der Kinder werden in Familien unter der Armutsgrenze geboren. Über 60.000 Uruguayer, verblendet von der Medienpropaganda, emigrierten in den letzten Monaten, insbesondere junge, gut ausgebildete Menschen, die dann Beschäftigungen annehmen, die unter ihrem Bildungsniveau liegen."

"Seit 1998 sind 35 Prozent der uruguayischen Unternehmen zusammengebrochen. Das ist der Kapitalismus, so sieht das Werk aus, das Bush für unser Amerika anpreist. Was ist an dieser Lebensweise gerecht? Ich bitte das Parlament, den Leuchtturm der Hoffnung stehen zu lassen, das Licht werden wir ihm geben."

KUBA ZU VERTEIDIGEN IST DIE ERSTE PFLICHT DER BESCHÄFTIGTEN LATEINAMERIKAS

Mario Guaman, der Vorsitzende der peruanischen Confederación General de Trabajadores sagte, die erste Pflicht der Arbeiter der Region sei es, Kuba gegen die US-Reaktion zu verteidigen, diese sei die gleiche, die auch unsere Völker bedrohe.

"Die Mächtigen verzeihen Kuba nicht, vor über 40 Jahren den Sozialismus eingeführt zu haben und daß es sich immer erhebt, wenn es in der Welt um eine gerechte Sache geht", äußerte der peruanische Gewerkschaftsführer, einer der Gäste in der außerordentlichen Sitzung des kubanischen Parlaments.

"Die US-Regierung versucht die Kubanische Revolution mit der vorsätzlichen Zielsetzung in Verruf zu bringen, sich der Welt zu bemächtigen" und es sei bekannt, ergänzte er, daß sich seit den Attentaten vom 11. September die Vermutung verstärkt, daß die schmerzliche Episode, die von internationalen Organisationen der Welt untersucht werden sollte, nicht ohne die Mittäterschaft der gefürchteten CIA geschah.

Nicht nur Afghanistan werde von Washington anvisiert, sondern fast 80 Nationen. Gegen Kuba richte sich der größte Haß der Vereinigten Staaten. "Mit den Angriffen gegen Kuba, es in terroristische Aktivitäten zu verwickeln, und mit den Lügen, die größte Antilleninsel stelle biologische Waffen her, beweisen sie ihre Ohnmacht und Wut angesichts des Beispiels, das Kuba mit seinem Widerstand und seiner Würde darstellt", sagte er.

Beginn einer neuen Etappe in der wichtigsten Industrie Kubas

• **Das Hauptgewicht verlagert sich auf die Entwicklung von Nebenprodukten und Derivaten aus Zuckerrohr, dabei vor allem auf die Produktion von Alkohol, dessen Export zunehmen wird**

JOAQUIN ORAMAS
- Granma Internacional

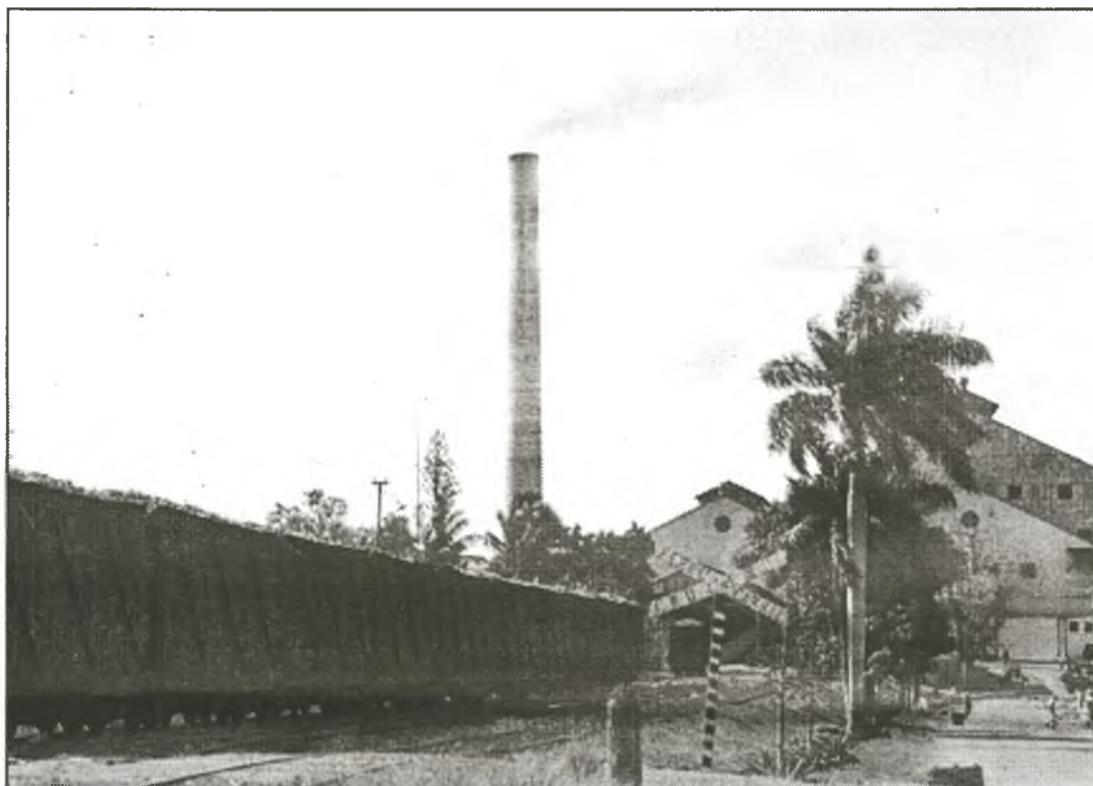
• DER Beginn einer neuen Etappe in der über mehr als 400 Jahre wichtigsten Industrie Kubas zeichnet sich im Bereich der Erzeugung von Derivaten und Nebenprodukten aus Zuckerrohr ab, wobei der Steigerung der Produktion von Alkohol für den Export besondere Bedeutung beigemessen wird.

Der Minister der Branche, Ulises Rosales del Toro, begründete diese Strategie damit, daß sich die kubanische Zuckerindustrie gezwungen sieht, sich an der Realität der Weltmarktpreise zu orientieren, die in den letzten Jahren sehr zurückgegangen sind.

Auf der Pressekonferenz nach der Eröffnung des 7. Kongresses für Zucker und seine Derivate, in Havanna, sagte er, das Land müsse sich auf diesem äußerst umkämpften Markt behaupten, wofür seine Industrie die Voraussetzungen besitze. Vier Jahre lang arbeite man bereits an diesem Ziel, das die Einstellung der Produktion in 30 bis 40 Zuckerfabriken erfordert habe.

Die kubanische Zuckerproduktion der letzten Jahre von ca. vier Millionen Tonnen, so erinnerte er, schaffe freie Kapazitäten, so daß "wir uns nicht nur nach den Preisen zu richten hatten, sondern unsere Industrie auch strukturell anpassen mußten", erklärte er.

Als er sich eingehender zu dem Thema äußerte, sagte er, die früheren Anbauflächen für Zuckerrohr würden landwirtschaftlich bzw. für den Gemüsebau genutzt werden, wodurch Arbeitsplätze geschaffen würden und ein nationaler Engpaß behoben werde. Unmittelbar fügte er an, die Einkommen der Agrararbeiter und Beschäftigten der Zuckerindustrie seien gewährleistet, indem ihnen neue Aufgaben übertragen würden.



Auf der Insel wird die Struktur der Zuckerproduktion verändert

VERSTÄRKTE DIVERSIFIKATION

Ingenieur Luis O. Gálvez, der Direktor des Kubanischen Forschungsinstituts für Zuckerrohrderivate (ICIDCA), wiederholte, daß das Land beschlossen habe, sich weiter mit der Diversifikation, die ein lebensnotwendiger Aspekt der Zuckerwirtschaft sei, zu befassen, als er über die auf dem 7. Kongreß für Zucker und Derivate des Zuckerrohrs zu diskutierenden Themen informierte.

Er versicherte in seinen anschließenden Ausführungen zu diesem Punkt, daß alle Fragen zur Diversifikation auf der Tagung, auf der Spezialisten aller Kontinente vertreten seien, mit großem Interesse analysiert würden. Die Idee der Diversifikation schließe sowohl die landwirtschaftlichen als auch die industriellen Aspekte der integralen Nutzung des Zuckerrohrs ein, die mit einer verstärkten Industrialisierung der Produkte und Nebenprodukte für die Herstellung von Derivaten möglich sein werde.

Sie ist eine mögliche Form, der Herausforderung der Wertminderung des Zuckers als Handelsware auf dem Weltmarkt zu begegnen. In den Zucker produzierenden Ländern werden mehr als 50 Derivate in unterschiedlichen Größenord-

nungen zum Verkauf hergestellt, während für ca. 100 weitere Marktforschungen angestellt werden.

"In Kuba sind die wichtigsten Derivate Tierfutter, Hefe, Melasse und Faserstoffe, Faserplatten, Zellstoff zur Papierherstellung, Furfural, Dextran und andere Produkte, die in der Pharma-, Lebensmittel- und Erdölindustrie verwendet werden", sagte Gálvez. Außerdem verfüge die Insel über eine bedeutende Alkoholproduktion (eine Million Hektoliter im Jahr) zur Herstellung von qualitativ hochwertigen Getränken, die wettbewerbsfähig sind und in mehrere Länder exportiert würden.

Der Bedarf an Alkohol steige weltweit ständig um zehn bis 15 Prozent jährlich. Vor allem werde er im Oxidationsprozeß von Benzin und für Treibstoffgemische verwendet, die weniger umweltbelastend sind, betonte er.

Der kubanische Staat, so Gálvez, schließe die Herstellung von Treibstoffgemischen nicht aus, wenn auch auf eine andere Art als die allgemein übliche mit Benzin. "Wir wollen das Gemisch mit Diesel herstellen, denn es stellt unseren größten Mangel in Verbindung mit der Zuckerproduktion und anderen Industriezweigen dar", bekräftigte Gálvez, der gleich darauf

erläuterte, daß es sich um eine bekannte Technologie handelt.

Als nächster Schritt käme der Alkoholchemie in Zukunft ebenfalls eine große Bedeutung zu und zwar im Zusammenhang mit der Herstellung einiger Plastiktypen, die bisher noch aus Erdöl hergestellt werden, kündigte er an.

ENERGIEERZEUGUNG

Als er zu einem anderen Thema der Konferenz übergang, erklärte Ingenieur Gálvez, daß alle Zucker produzierenden Länder ein Programm zur Entwicklung ertragreicherer und widerstandsfähiger Zuckerrohrsorten haben müßten.

Die Tendenz gehe heute aber auch dahin, Sorten für spezifische Anwendungen zu züchten. Dazu berichtete er, daß Kuba eine Sorte entwickeln konnte, die eine doppelte Menge an Faserstoffen aufweist, so daß das Rohr als Energiequelle genutzt werden kann. Sie ergebe zwar weniger Zucker, aber dafür mehr Energie, so daß damit das Vorhaben, die kubanische Zuckerindustrie in Kombination mit der Produktion von Zucker in eine wichtige Energiequelle umzuwandeln, erfüllt werden kann.

Zwei Unternehmen für einen neuen Kurs

• **In der Zuckerindustrie entstehen zwei neue Unternehmen: eine für die Finanzverwaltung und eine für den Internationalen Verkauf**

Doscompa/alemán/88/p.:

ALS Teil der neuen Strategie in der kubanischen Zuckerindustrie, in der finanzielle Leistungen und die Anpassung an die Weltwirtschaft eine große Rolle spielen werden, wurde die Corporación Financiera Azucarera (ARCAZ) und die Corporación Azucarera Internacional gegründet. Sie sollen den nationalen Rohzucker auf dem anspruchsvollen Weltmarkt handeln und dabei neue Maßstäbe anlegen.

Die private Azucarera Internacional hat u.a. die Aufgabe, den kubanischen Zucker exklusiv zu vermarkten und die Diversifikation sowohl des Zuckerhandels zu fördern als auch der Formen seiner Vermarktung.

Die Corporación Financiera Azucarera wird das Nervenzentrum des neuen Finanzsystems sein, das von dem Unternehmenssystem des Zuckerministeriums (MINAZ) aufgebaut werden soll.

Beide Unternehmen haben moderne und flexible Strukturen und werden mit den internationalen Handels- und Finanzquellen nach neuen Konzepten für die vollständige und effiziente Diversifikation dieses agroindustriellen Bereiches des Landes arbeiten.

Ramón Martínez, Berater der ARCAZ, sagte, das Unternehmen werde die Finanzverwaltung für frei konvertierbare Währungen im System des Zuckerministeriums übernehmen. Er fügte an, damit würde zum ersten Mal eine Einrichtung geschaffen, die mit Genehmigung der Zentralbank Kubas als Finanzunternehmen handele, obwohl sie nicht zum Bankensektor gehöre. Ihre Aufgabe sei es, in die Geschäfte in frei konvertierbarer Währung im Zuckersystem der Insel einzugreifen.

Auf diesem Weg können Auslandskredite in Devisen in die Produktionsbetriebe, vor allem die Agroindustriekomplexe, und andere Firmen des Zuckerministeriums fließen, die direkte Kunden dieser Korporation sind, womit die Finanzierung der traditionellen Industrie gefestigt werden wird. Damit verwaltet das MINAZ direkt die Mittel, die es an Devisen verbraucht.

Ein weiterer Schritt der neuen Zuckerstrategie ist die Eingliederung in die Weltwirtschaft durch die Corporación Azucarera Internacional. Die Gründung dieser Firma, wie auch der Financiera Azucarera übertragen der zentralen Institution der Industrie eine höhere Verantwortlichkeit auf dem Gebiet der Finanzen des Systems selbst und folglich bei den Entscheidungen über die Entwicklung des Bereichs.

Die vergewaltigte Dame

• Das Reiseverbot nach Kuba verstößt gegen den 1. und 5. Verfassungszusatz der USA

PETE VALE - für Granma Internacional

• GRUPPEN von Bürgerrechtlern richteten einen Aufruf an Präsident Bush mit der Forderung, das Reiseverbot nach Kuba aufzuheben, denn es verletze die in der Verfassung verankerten Freiheiten der US-Bürger.

Während sich die US-amerikanischen Juristen dem Kongreß in seinen Bemühungen anschlossen, die Außenpolitik gegenüber der Insel zu ändern, warnte der Präsident die Abgeordneten davor, seine Entscheidung auf die Probe zu stellen und drohte mit dem Veto gegen jede Gesetzesinitiative, die die Sanktionen aufzuheben versucht.

Herr Bush verwies vor dem Kongreß erneut auf seinen Entschluß, keine Veränderung in der US-Politik gegenüber Havanna zuzulassen, es sei denn, der kubanische Präsident, Fidel Castro, führe "politische und zivile Freiheiten" ein, einschließlich "freie Wahlen und Bewegungsfreiheit".

Aber die Polarisierung zwischen dem Präsidenten und dem Kongreß scheint an einem Kreuzweg angelangt zu sein. Wie *The New York Times* beobachtete, "besteht eine wachsende Ungeduld im Kongreß im Zusammenhang mit dem Embargo, und viele lehnen die von Bush aufgelisteten Bedingungen ab".

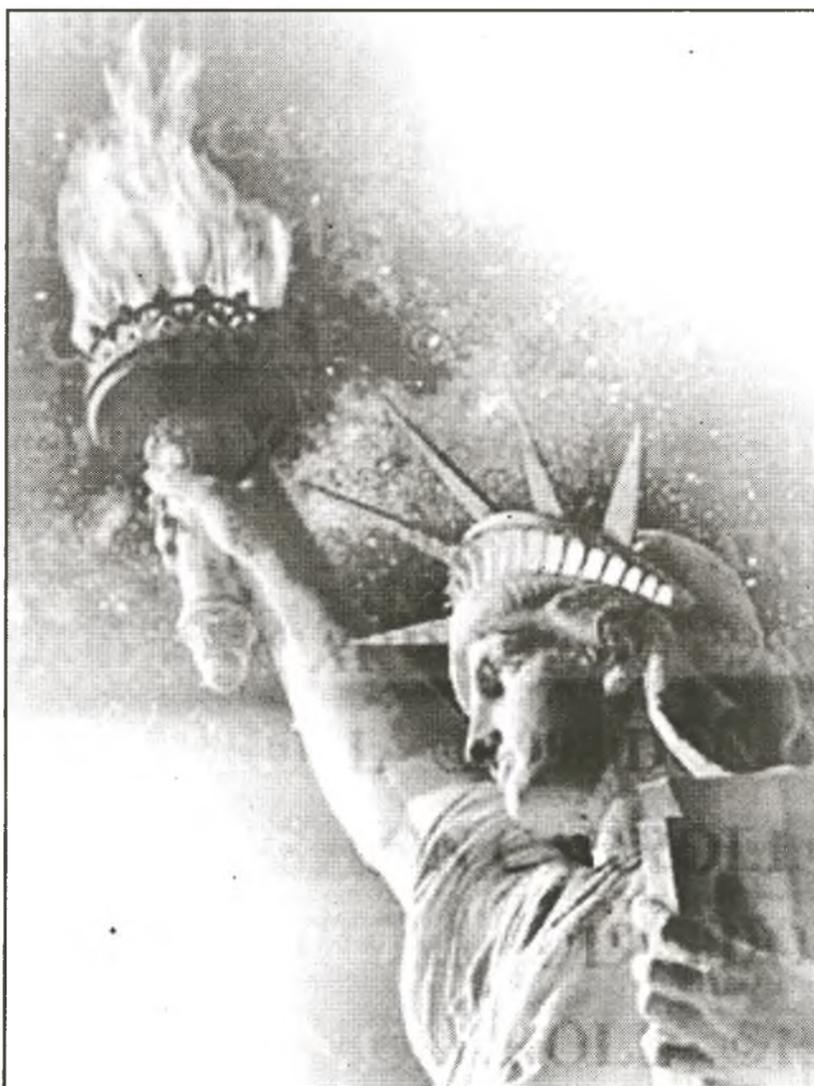
Der demokratische Senator Christopher Dodd, aus Connecticut, Präsident des Unterausschusses für Beziehungen zu Lateinamerika, äußerte: "Bush hat eine Liste von Aktionen aufgestellt, die von der Castro-Regierung ausgeführt werden müßten, ehe man von den USA einen weiteren Schritt zur Veränderung ihrer Politik erwarten könne. Damit garantiert er, daß die Situation so bleibt wie sie ist". Die demokratische Senatorin Barbara Boxer, aus Kalifornien, erklärte: "Das Embargo hat nichts erreicht. Was für eine lächerliche Politik!"

Rechtsexperten wiesen auf die Ironie hin, die darin besteht, daß Herr Bush, der Sieger der heiß umstrittenen Wahlen von 2000, die viele Analytiker einen Betrug nannten, von Kuba als Bedingung für die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern die Erfüllung einer Reihe von Forderungen verlangt.

BÜRGERRECHTE: FÜR WEN?

Im Februar dieses Jahres veranstaltete der Senat eine Anhörung über die Reisebeschränkungen nach Kuba. Nach den Sitzungen zogen sowohl die Mitglieder des Senatsausschusses für Zweckbindung, als auch die des Unterausschusses für Finanzen drei Schlußfolgerungen: 1. Die Reiseeinschränkungen nach Kuba haben die Freiheit der US-Bürger geschwächt, ohne die nationale Sicherheit zu verstärken; 2. Das vom Schatzamt verordnete Reiseverbot verletzt die Verfassung der USA dahingehend, daß die "unveräußerlichen" Rechte auf Rede- und Bewegungsfreiheit der Bürger stark beeinträchtigt werden; und diese Einschränkungen schließlich in einem Moment verstärkt wurden, in dem die Mittel der Regierung vorrangig im Krieg gegen den Terrorismus gebraucht werden.

Der demokratische Senator, Byron Dorgan, nannte laut *The New York Times* in der Anhörung des Senats Fälle von Reisenden, die bestraft wurden: Cevin Allen, 56 Jahre. Er war nach Kuba gereist, um die Asche seiner Eltern in einer kubanischen Kirche zu verstreuen, an deren Gründung sie Anteil hatten; und Marilyn Meister, eine pensionierte Lehrerin von 75 Jahren, hatte eine Fahrradtour durch die malerischen Landschaften Kubas unternommen. Beide hatten



7.500 USD Strafe zu zahlen, was Dorgan als "Einschränkung der Freiheiten der US-Bürger" bezeichnete.

"Es sollte eigentlich angenommen werden, daß wir in einem Krieg gegen den Terrorismus die Terroristen verfolgen, aber doch keine alten Leutchen, die durch Kuba radeln. Es ist eine fürchterliche Verschwendung von Ressourcen", erklärte Dorgan vor dem Unterausschuß des Senats.

Das Schatzamt verklagte Ben Truehalf, aus New York, gegen das Reiseverbot verstoßen zu haben. Der Klavierstimmer hatte ein Werk der Nächstenliebe organisiert, um Klaviere und Instrumente zum Stimmen auf die Insel zu schaffen. In einem Interview mit *Associated Press* sagte Truehalf: "Die USA versuchen Druck auf Kuba auszuüben, indem sie sein Volk zwingen, Musik von verstimmten Klavieren zu hören".

Die US-Behörden erschweren ihren Bürgern den Erhalt der erforderlichen Genehmigung des Schatzamts und zwingen mögliche Reisende, ihre Reise im letzten Augenblick zu stornieren oder den illegalen Weg zu wählen.

Die Presseagentur Reuters schrieb, daß im April das Büro zur Kontrolle von Auslandsguthaben (OFAC) des Schatzamtes eine Verordnung erließ, die einer Delegation von 25 Lehrern, Ärzten und Krankenschwestern des Bundesstaates Maine am Vortag ihrer Reise verbot, nach Havanna zu fahren, was ihren Teilnehmern Tausende Dollar Verlust einbrachte, weil die Flugtickets verfielen und andere Reisekosten angefallen waren.

Ebenso erging es dem Personal von Radio Pública, in Vermont, das auch eine für Mai geplante Reise nach Havanna stornieren mußte, als es am Vorabend des Fluges, ab New York, von der OFAC eine Absage erhielt, wie die Presseagentur meldete.

"Wenn du reist, bist du verurteilt, und wenn du es läßt,

auch", sagte ein Wissenschaftler aus den USA, dessen Medizinergruppe vom Schatzamt aufgefordert worden war, "Abstand zu nehmen".

Die Botschaft sei alles andere als subtil, sagte die Union für Bürgerrechte der USA (ACLU), als sie feststellte, daß das Recht in Wirklichkeit ein Privileg ist. Die US-Regierung habe deutlich gezeigt, daß sie das letzte Wort hat, wenn es darum geht, wohin ihre Bürger reisen können und wohin nicht.

Das Gesetz verbietet die Ausstellung der Reiseerlaubnis für Personen, die als Touristen nach Kuba fahren wollen. Die Tatsache allein, Kuba zu besuchen, verstößt sowohl gegen die Bestimmungen der Fondskontrolle in Kuba, als auch gegen das Gesetz des Handels mit dem Feind, von 1917.

Von dieser Einschränkung sind nur US-Bürger befreit, die auf Kosten Kubas reisen, und keinen Cent ihres Geldes in den verbotenen Transaktionen auf der Insel ausgeben. Eine entsprechende Verletzung könnte zu Strafen bis zu 250.000 USD oder 10 Jahren Gefängnis oder sogar beidem führen.

Die US-Bürger üben jedoch trotz der Strafandrohungen weiterhin ihre verfassungsmäßigen Rechte aus. Dem New Yorker Wirtschaftsrat für den Austausch mit Kuba zufolge, "mißachten jährlich viele Tausende von US-Bürgern das Verbot, indem sie über Kanada, Mexiko und die Bahamas nach Havanna und an die kubanischen Strände reisen. Im vergangenen Jahr waren es insgesamt 160.000 US-Bürger, davon haben ca. ein Drittel die bestehenden Regelungen verletzt".

Als Antwort verstärkte die Bush-Regierung ihre Anstrengungen, die Sanktionen wirksam werden zu lassen. Im Jahr 2001 meldete das Schatzamt 766 Strafen für Reisende ohne Reiseerlaubnis. Im letzten Regierungsjahr Clintons waren es nur 188.

"WAS ICH SELBER DENK UND TU, DAS TRAU ICH AUCH DEN ANDERN ZU"

Wie kann Präsident Bush von Kuba behaupten, es achte die Freiheit der Bürger nicht, wenn die Bürgerrechte in den USA selbst untergraben werden? Rechtsexperten meinen, dies sei ein klassischer Fall von: "Was ich selber denk und tu, das trau ich auch den andern zu".

Nancy Chan, Anwältin und Vertreterin des Instituts für Verfassungsrecht, bestätigte, daß das Reiseverbot die in der US-Verfassung garantierten Grundrechte, und speziell die der Zusätze 1 und 5, verletzt.

Im Zusatz 5 wird die Bewegungsfreiheit gewährleistet, die der Oberste Gerichtshof der USA als "die Essenz einer freien Gesellschaft" betrachtet. In seiner Analyse heißt es: "Die Bewegungsfreiheit gibt anderen Rechten wie dem Kennenlernen, Studieren, Argumentieren, Forschen, Austauschen von Meinungen, Beobachten und sogar dem Denken eine größere Bedeutung. Wird die Reisefreiheit eingeschränkt, leiden auch alle anderen Rechte."

Der Gerichtshof erwähnte auch die Auswirkungen des Reiseverbots nach Absatz 5: "Die Reiseeinschränkungen mindern die im Zusatz 1 enthaltenen wesentlichen Rechte einer demokratischen Gesellschaft wie es die Meinungsäußerung, das Anhören der Meinung anderer, Sammeln von Information und der Zusammenschluß mit anderen ist."

Der Richter William Douglas erklärte, "das Recht zu wissen, sich mit anderen zu unterhalten und auszutauschen, die sozialen, physischen und politischen u. a. Phänomene zu beobachten, sowohl die im eigenen Land als auch im Ausland, geben der Essenz der Rede- und Pressefreiheit eine Bedeutung. Ohne diese Kontakte werden die Rechte des Zusatzes 1 beeinträchtigt".

Vier der neun Richter des Obersten Gerichtshofes sprachen sich gegen das Reiseverbot aus. Sie meinen, es rüttele an den Prinzipien, auf denen die USA gegründet wurden.

Gemäß des Obersten Gerichtshofes kann die Regierung

Tausende von US-Bürgern ignorieren das Verbot, nach Havanna und an die Strände Kubas zu reisen und erreichen ihr Ziel auf dem Umweg über Kanada, Mexiko und die Bahamas



Die demokratische Senatorin Barbara Boxer erklärte: "Das Embargo hat nichts erreicht. Was für eine lächerliche Politik!"

Der Unterausschuß des US-Senats verwirft die Anschuldigungen gegen Kuba

• WASHINGTON.- Ein Unterausschuß des US-Senats verwarf die Anschuldigungen des State Departments gegen Kuba, nach denen die Insel in der Lage wäre, chemische und biologische Waffen herzustellen. Er verlangte überzeugende Beweise für die Anschuldigung, diese konnten aber nicht erbracht werden, informierte Notimex.

Der Unterausschuß für Angelegenheiten der Westlichen Hemisphäre des US-Senats verlangte die Anwesenheit des US-Staatssekretärs für Geheimdienst- und Ermittlungsfragen, John Bolton, der die Anschuldigung formuliert hatte. Er erschien aber nicht vor dem Ausschuß.

"Ich hoffe, daß die Regierung Bush dem Versuch widersteht, mit ungerechtfertigten Argumenten Politik zu spielen, zumal der Ankläger nicht erscheint", sagte der Präsident des Ausschusses, Christopher Dodd.

BRITISCHE PARLAMENTER VERURTEILEN LÜGENKAMPAGNE GEGEN KUBA

89 Mitglieder des Britischen Parlaments unterzeichneten im Unterhaus ein Protestschreiben gegen die Aufnahme der Insel in die Liste der "Terrorstaaten" durch die Regierung Bush.

Der Protest, unter dem Titel *USA bedrohen Kuba*, wurde am 7. Mai von dem Labourabgeordneten Jeremy Corbyn vorgelegt. Am Ende der Sitzungsperiode, am Freitag, dem 24. Mai, hatten 89 Abgeordnete unterschrieben.

Im Text des Schreibens heißt es: "Diese Kammer verurteilt die neuen, von Staatssekretär John Bolton gegen Kuba gerichteten Drohungen und fordert, statt Kuba zu bedrohen, sollten die USA die Beziehungen zu dem Land normalisieren und das bereits 40 Jahre bestehende Wirtschaftsembargo aufheben".

Auch wenn keine Beweise für die Anklage, daß Kuba biologische Waffen entwickle, erbracht wurden, hat die Regierung Bush Kuba nicht von der Liste der "Terrorstaaten" gestrichen".

die Bürgerrechte gesetzlich nur außer Kraft setzen, wenn die nationale Sicherheit gefährdet ist. Im Ersten und Zweiten Weltkrieg wurden solche Rechte wie Pressefreiheit, Bewegungsfreiheit, Ausdrucks- und Organisationsfreiheit aufgehoben und nach Beendigung der Konflikte wieder zugestanden.

DIE NATIONALE SICHERHEIT ALS VORWAND

Aufgrund des Bündnisses Kubas mit der Sowjetunion und der geographischen Nähe zum US-Territorium, wurde die Insel im Kalten Krieg (1947-1990) als Bedrohung für die Sicherheit der USA angesehen.

1962, knapp zwei Monate nach der Oktoberkrise, kam es mitten im Kalten Krieg im Zusammenhang mit dem Reiseverbot zu einer Anklage gegen die Kennedy-Regierung. Der Oberste Gerichtshof hielt weiterhin an den Reiseeinschränkungen nach Kuba fest, aus "äußerst wichtigen Gründen für die Nationale Sicherheit".

Zweiundzwanzig Jahre später gab es einen ähnlichen Rechtsstreit mit der Regierung Reagans, als sich der bipolare Konflikt zugespitzt hatte. In diesem Fall wurde das Spiel durch die Stimme eines Richters zugunsten der Beibehaltung der Einschränkungen entschieden. Der Oberste Gerichtshof erklärte, die Sanktionen müßten leider fortbestehen, da Kuba an seinem Bündnis mit der Sowjetunion festhalte.

Paradox ist dabei, daß die US-Bürger aber im Kalten Krieg mühelos die UdSSR besuchen konnten, obwohl Moskau als die größte Gefahr für die nationale Sicherheit der USA galt.

Werden die Reiseeinschränkungen einzig und allein unter dem Vorwand der Verteidigung der nationalen Sicherheit gerechtfertigt, wie es im Gesetz über den Handel mit dem Feind, von 1917, heißt, ungeachtet ihrer politischen und willkürlichen Anwendung, muß man die Frage stellen: Stellt Kuba weiterhin eine Gefahr für die nationale Sicherheit der USA da?

In der zweiten Amtszeit Clintons erklärte selbst das State Department, gemeinsam mit dem Geheimdienst und dem Verteidigungsministerium, daß nach der Beendigung des Kalten Krieges, deren Ergebnis die Auflösung des sozialistischen Lagers war, Kuba weder für die USA noch für Lateinamerika eine Gefahr darstelle.

BUSH'S LETZTE OFFENSIVE

Präsident Bush erklärte, und dabei kommen Erinnerungen an die Zeit McCarthy's auf, der oben erwähnte Bericht sei vom kubanischen Geheimdienst manipuliert worden, der die höchsten Ebenen der Staatssicherheit infiltriert habe und in der Lage war, sowohl das ausgehende Netz des strategischen Kabinetts der Regierung als auch die Geheimdienste zu durchdringen, damit diese zu dem Ergebnis kommen, daß Kuba keine militärische Gefahr für die USA mehr darstelle.

Derartige mccarthistische Taktiken seien ein "Unheil", kommentierte der demokratische Abgeordnete Charles Rangel, aus New York, und "gemacht um die Wahlunterstützung Floridas zu behalten". Andere Abgeordnete meinten, das eine solche Erklärung ihre Intelligenz beleidige.

Das zweite Plädoyer, Bush's "Weißbuch", das noch extravaganter als das erste ist, behauptet, Kuba stelle biologische Waffen her und verkaufe diese Technologie an "Schurkenstaaten". Dies stelle eine terroristische

Bedrohung dar.

Als nach den Untersuchungen dieser Anschuldigungen weder der Kongreß noch die internationale Presse, weder der US-Geheimdienst (bereits sehr gohrfeigt wegen der ersten Gründe), noch Ex-Präsident Carter Beweise anführen konnten, erklärte man, Kuba beteilige sich nicht an der Entwicklung eines biologischen Krieges. Das State Department nahm danach Abstand von diesen Anschuldigungen, und bereinigte seine Geschichte mit einer "falschen Interpretation". Die zweite Verteidigungslinie war gefallen.

Aber die Heuchelei war damit nicht beendet. So meldet *The New York Times*: "Mitten im Krieg gegen den Terrorismus und in der Nah-Ost-Krise spricht sich Bush für eine größere Annäherung zu Saudi Arabien aus, einer Monarchie, die ihrem Volk Meinungs- und Religionsfreiheit verbietet, und praktisch keine freien Wahlen zuläßt". Die *Washington Post* bemerkt, daß die US-Bürger nach Iran, Irak, Nordkorea, China und Vietnam reisen können, Länder die nur über eine Partei verfügen und die immer wieder beschuldigt wurden, eine Ge-

fahr für die nationale Sicherheit der USA darzustellen.

85 PROZENT DER US-BÜRGER SIND FÜR DIE AUFHEBUNG DER MASSNAHMEN GEGEN KUBA

Das Argument, "tue nicht, was ich tue, sondern das, was ich sage" richtet sich gegen die Intelligenz der Bürger und Abgeordneten der USA. Die Anhörung des Senats schlußfolgerte, daß die US-Politik gegenüber Kuba illegal sei, weil sie den US-Bürgern die im 1. und 5. Zusatz der Verfassung garantierten Rechte verwehrt und in Wirklichkeit Bush's Kritiken Havanna gegenüber widerspiegeln. Sehr schnell erkennt man, daß weder das Gesetz noch die Demokratie Prioritäten für Herrn Bush haben.

Und das amerikanische Volk? Aus Umfragen von CNN und der Internationalen Universität von Florida geht hervor, daß 85 Prozent der US-Bürger für die Aufhebung der Maßnahmen gegen Kuba sind.

In einem Kommentar der *Washington Post* schrieb Nancy Bill, eine empörte Bürgerin aus Virginia: "Ich finde die Politik von Präsident Bush Kuba gegenüber frustrierend, denn sie ist motiviert von dem Wunsch, den Kubanern in Miami gerecht zu werden, die nur an Rache interessiert sind und nicht am Wohlergehen ihrer Landsleute auf der Insel. Wenn die meisten US-Bürger für die Aufhebung des Embargos und des Reiseverbots sind, warum wird es nicht getan?"

Alles scheint darauf hinzuweisen, daß der Abgeordnete Rangel Recht hat, wenn er sagt, daß Angelegenheiten wie "nationale Sicherheit", "Menschenrechte" und "Demokratie" nichts anderes als Euphemismen für die anhaltende Befriedung der kubanischen Emigrantengemeinde in Florida sind.

Die Brüder Bush stehen aufgrund ihrer Wahlerfolge Miami gegenüber in der Schuld, ein Grund dafür, warum der US-Präsident geschworen hat, das problematische Veto zu nutzen, was einem Staatsstreich gegen die Mehrheit der Abgeordneten und schließlich gegen das Volk der Vereinigten Staaten gleich kommt.

Ja,

Ich bestelle für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) 15 Euro 6 Monaten (6 Ausgaben) 8 Euro

Zahlungsweise gegen Rechnung Per Bankeinzug

Anschrift Meine Bankverbindung

Name Geldinstitut

Str./Nr BLZ

PLZ/Ort Konto

Datum / Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift
Coupon an:
GNN Verlag
Zülpicherstr. 7
50674 Köln
Tel: 0221-21 1658

Granma
INTERNACIONAL
Zeitung aus Kuba
und Lateinamerika



Unser Amerika



VENEZUELA

Zwischen Pro und Kontra

MARIA VICTORIA VALDES-RODDA
– Granma Internacional

• ÜBER die Hälfte des venezolanischen Kongresses hält Hugo Chávez für unschuldig an den blutigen Ereignissen vom vergangenen 11. April, und verweist auf die Sektoren der Opposition der aktuellen Regierung als Hauptverantwortliche für den Tod von 18 Personen sowie für den Versuch die gültige Verfassung mittels eines Staatsstreiches außer Kraft zu setzen.

Wieder treten die politischen Widersprüche in Venezuela zutage, da ein Teil dieser Gesellschaft es darauf anlegt, das Mandat des Präsidenten in Frage zu stellen, noch bevor die gesetzlich festgelegte Amtszeit im Jahre 2004 abgelaufen ist. Bei diesen Bemühungen nutzen sie alle Argumente und jede "List".

Chávez hat jedoch zu verschiedenen Gelegenheiten seine Bereitschaft ausgedrückt, das Mandat niederzulegen, sofern das der Wille des Volkes sei, belegt durch eine Volksabstimmung. "Seien sie unbesorgt, die Zeit vergeht wie im Fluge und sollte die Befragung stattfinden und ich sie verlieren, so nehme ich meine sieben Sachen und gehe. Ich habe noch viele andere Dinge zu tun", versicherte er.

Der Unternehmer Pedro Carmona oder "Pedro el breve", der nach seiner Flucht vor der nationalen Justiz jetzt in Miami residiert, ist nach Ansicht der Abgeordneten der Regierungspartei der am stärksten Belastete, da er sich während der wenigen Stunden seiner kurzlebigen Amtszeit der Verfolgung und Unterdrückung der Sympathisanten der Bolivarianischen Revolution widmete.

Aus den laufenden Untersuchungen geht ebenso die Schuld von Luis Camacho, General der Nationalgarde und Ex-Minister für Innere Sicherheit hervor. Gleiches gilt für den Präsidenten der Gewerkschaft Confederaciones de Trabajadores de Venezuela (CTV), Carlos Ortega, wegen gewalttätiger Handlung und der Unterstützung eines Generalstreiks, der als Katalysator für den faschistoiden Aufruhr diente.

Im Gegensatz zu der antibolivarianischen Propaganda erheben sich ebenfalls viele Stimmen zur Unterstützung des venezolanischen Mandatsträgers, dabei sind insbesondere die Mahnung zum Frieden zu erwähnen, die von der Bewegung 5. Republik ausging, und eine von ihr veranstaltete, erfolgreich verlaufene, Massendemonstration am 29. Juni.

Die spanische Nachrichtenagentur EFE und Prensa Latina berichteten von einer Million Sympathisanten, die zusammen mit Chávez angeregt durch die Straßen von Caracas marschierten, wobei der venezolanische Regierungschef seinen Aufruf zum Frieden erneuerte.

Das ist keine Veranstaltung um Macht zu demonstrieren, das ist ein Fest für den Frieden, ein Aufruf an alle Sektoren. Es geht nicht darum, jemanden zu beleidigen, denn diese Demonstration richtet sich gegen niemand, wir schüren weder Klassenhaß noch Gewalt, das tun andere", bekräftigte er in seiner wöchentlichen Ansprache.

"Chavistische" Aktivitäten und Proteste gegen die Regierung bilden heute die politische Kulisse eines aufgewühlten und widersprüchlichen Venezuela, das in der gesamten Welt im Mittelpunkt neuer Meldungen steht.

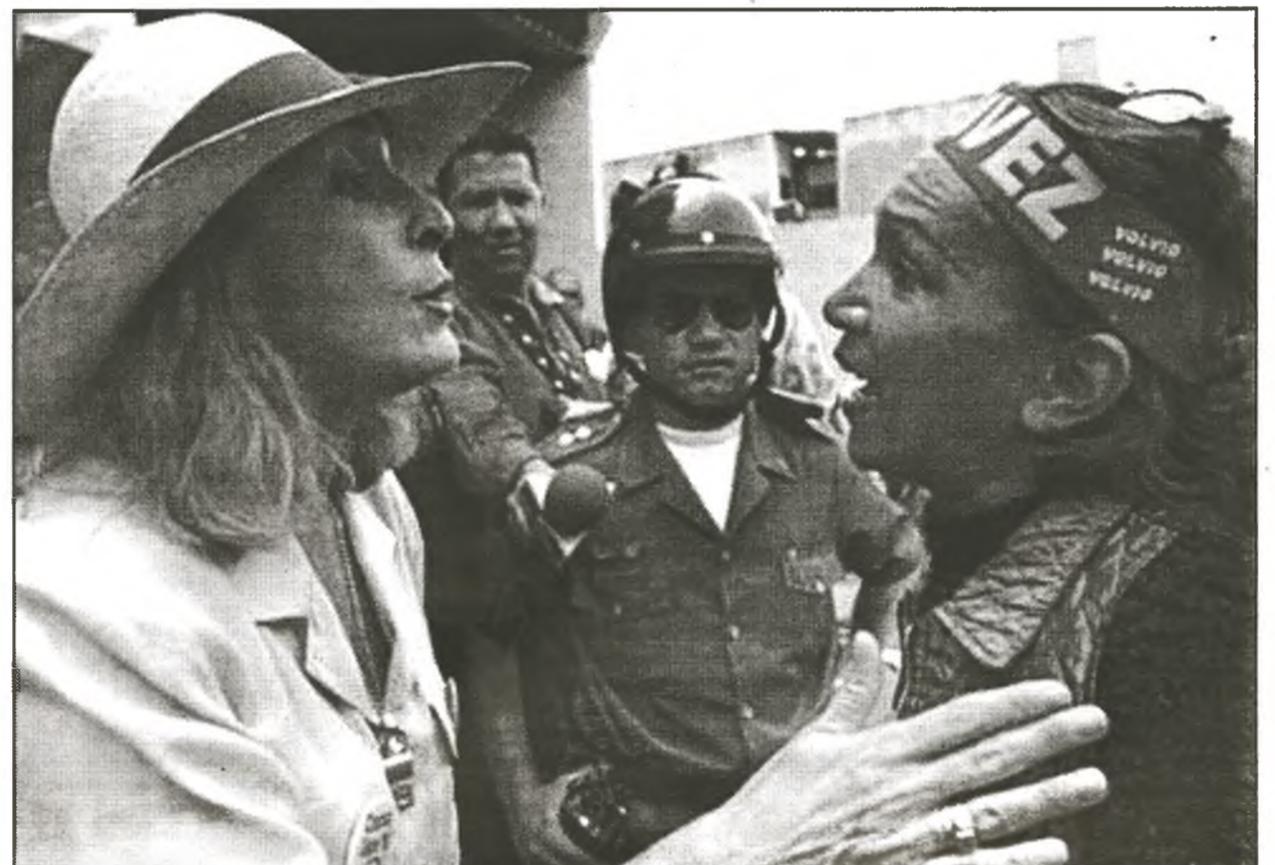
Die venezolanische Regierung hat wiederholt ihren Willen bekräftigt, alle Forderungen zu prüfen, sie klagt aber gleichzeitig die Machenschaften der Oppositionsgruppen an, die sie als destabilisierend und unverantwortlich bezeichnet, da sie sich hauptsächlich an sektoralen Interessen orientierten und wenig mit der Realität zu tun hätten, auch wenn sie sich hinter sozialen, gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Forderungen versteckten.

Was sie tatsächlich suchen ist Chávez endgültiger Abtritt, was nach Meinung von Henry Ramos, Präsident der Partido Acción Democrática und stärkster Regierungskritiker, der springende Punkt und die Lösung der aktuellen Konflikte ist.

Gegen diese Ansicht richtet sich allerdings ein bedeutender Teil der Venezolaner, von denen die meisten den fortschrittlichsten und einfachsten Sektoren der Bevölkerung angehören, und die der Meinung sind, daß ihre Ansprüche an Gleichheit und soziale Gerechtigkeit ernst genommen werden. Daher ihre starke Unterstützung für den Präsidenten.



Präsident Chávez brachte wiederholt seine Bereitschaft zum Ausdruck, seinen Posten zu verlassen, wenn das dem Wille des Volkes entspräche und durch eine Volksabstimmung zum Ausdruck gebracht würde



Die täglichen Konfrontationen bilden die politische Kulisse eines aufgewühlten und widersprüchlichen Venezuela

BOLIVIEN

Die Indigenas machen sich bemerkbar

JOAQUIN RIVERY TUR - Granma

• Manuel Rocha wird in seinem klimatisierten Büro der US-Botschaft, in La Paz, an den Fingernägeln gekaut und die Schuld auf das Nationale Wahlgericht Boliviens geschoben haben. Grund dafür war die Langsamkeit, mit der in jeder Information das Voranschreiten von Evo Morales, des Präsidentschaftskandidaten der Bewegung zum Sozialismus (MAS), bekannt gegeben wurde,

Für den US-Botschafter mit lateinamerikanischem Namen war die Dosierung der Informationen eine wahre Folter, weil er sich ein paar Tage vor der Wahl in dem Andenland das Recht angemaß hat, sich voll und ganz in den Wahlkampf einzumischen und die Bolivianer aufzufordern, nicht für Evo Morales Ayma, den Anführer der Kokabauern von Chapare, zu stimmen, der mit seiner persönlichen Hilfe im Januar aus dem Parlament entfernt wurde.

Die Umfragen machten ihm keine Sorgen, aber die guten Informationsquellen der Botschaft offenbarten ein besorgniserregendes Voranschreiten des MAS-Kandidaten, eines starken Gegners ausländischer Einmischung, ein Mestizo, den der Prokonsul verachtet.

Ungeschickt, wie es die antidiplomatischen US-Amerikaner häufig sind, hat Rocha sich nicht nur eingemischt, sondern außerdem den Bolivianern gedroht, jede Hilfe seines Landes zurückzuziehen, wenn Evo Morales gewinnen sollte. Die Reaktion auf seine Worte war, daß der Vormarsch des indigenen Kandidaten noch ein wenig beschleunigt worden wäre, wenn das möglich gewesen wäre.

Der zweite Platz von Evo Morales war eine höchst unangenehme Überraschung für die Mehrheit der politischen Parteien, die sich in der bolivianischen Wahlschlacht maßen, denn der Diskurs des populären Kandidaten, mit viel geringeren Mitteln geführt, war dem der großen politischen Gruppierungen, die dem bestehenden kapitalistischen System entsprechen, diametral entgegengesetzt.

Wahrscheinlich war das entscheidendste Merkmal von Evo Morales die entschiedene Opposition gegen den aufgezwungenen Kurs des Neoliberalismus, den die Regierung von Victor Paz Estensoro 1985 einführt und der seitdem von den Nachfolgern auf dem Präsidentenstuhl des Palacio Quemado beibehalten worden ist.

Und natürlich hat sich Evo, der Anführer der Kokabauern, gegen die Zwangsbeseitigung der Koka-pflanzungen ausgesprochen, die von den letzten Regierungen, besonders von Hugo Banzer, durchgeführt wurden.

Seine Haltung in Bezug auf die beiden erwähnten Aspekte machen ihn vollkommen unannehmbar für Washington, das in der Stärke der Indigenas eine Bedrohung seiner Interessen sieht.

In gewissem Sinne verlief die Abstimmung vom



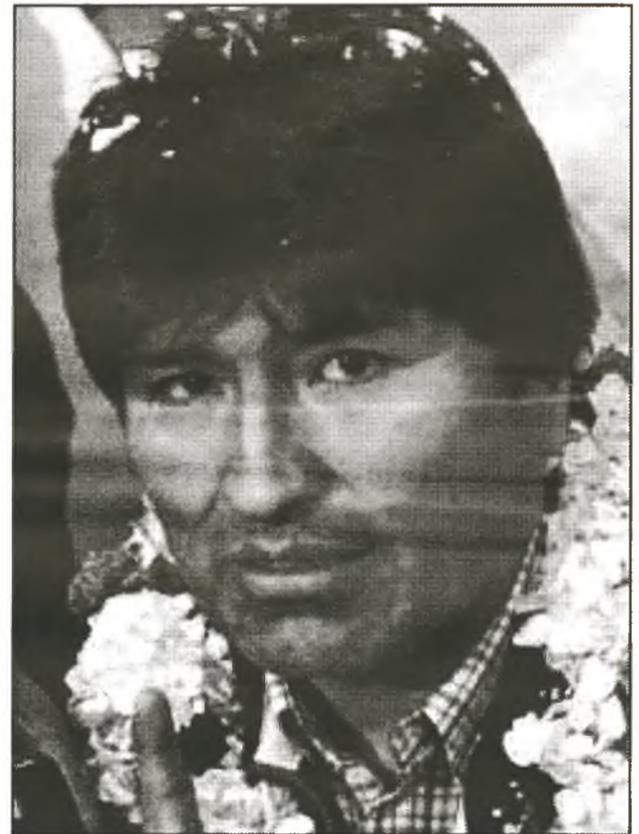
Die Indigenas werden ab jetzt eine stärkere Stimme und mehr Gewicht im Parlament haben

30. Juni wie erwartet: keiner der elf Kandidaten erlangte die erforderliche Mehrheit, um zum Präsidenten erklärt zu werden. Darum haben die 157 Abgeordneten des Nationalkongresses die Aufgabe, einen der beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen zu wählen.

Die große Schwierigkeit stellt die feste Haltung von Evo Morales dar. Sie macht es den Parteien des neoliberalen Systems (Movimiento Nacionalista Revolucionario, Nueva Fuerza Republicana, Acción Democrática Nacionalista und andere) unmöglich, Evo Morales zu wählen, der mit den sechs Stimmen der Senatoren und der Abgeordneten des Movimiento Indígena Pachcutí (MIP) und den 30 Stimmen seiner eigenen Organisation rechnen kann.

Darum ist der wichtigste und beinahe einzige Ausweg der neoliberalen Traditionalisten, wenn sie die Rezepte des Internationalen Währungsfonds (IWF) beibehalten wollen, ihre Stimmen dem ehemaligen Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada zu geben, der, wenn auch nur mit einer geringen Differenz, bei den Wahlen auf den ersten Platz gekommen war.

Das wäre die logischste Haltung, weil der größte Teil der Gegner von Morales die Durchsetzung der sogenannten Marktwirtschaft unterstützen, för-



Evo Morales

derten und mit ihr einverstanden waren, die von den USA und dem IWF gefordert wurde.

Der Anführer der Indigenas hat bereits erklärt, daß er keine Allianz mit den Parteigängern des ökonomischen Neoliberalismus eingehen wird, sich nicht auf eine Postenaufteilung einlassen wird und jene, die für ihn stimmten, es bedingungslos tun werden. Würde er nicht gewählt, gehe er in die Opposition und seine 30 Parlamentarier seien eine fähige Kraft, um den Priestern des Marktes starke Kopfschmerzen zu bereiten.

Aber es handelt sich nicht nur um die MAS, denn die Organisation der Aborigines, das Movimiento Indígena Pachcutí (15 Prozent der Stimmen im Departement La Paz), die der Aymará-Chef Felipe Quispe anführt, erhielt fünf Prozent der Stimmen, und hat so im Parlamentspalast eine gute Vertretung der autochthonen bolivianischen Bevölkerung erreicht, die, wenn sie nicht von den Regierungen unterdrückt wurde, zumindest vergessen und verachtet worden ist.

Logisch ist, daß Herr Rocha an den Fingernägeln kaute. Möglicherweise sind die Indigenas nicht mit seiner Einmischung in die inneren bolivianischen Angelegenheiten einverstanden und haben genug unter den, von den USA unterstützten Politikern und Diktatoren gelitten, um zu wissen, was sie zu tun und lassen haben. Die Abstimmung zeigt es.